



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

11

November 1993

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

45. Jahrgang · November 1993

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf
Fernruf: (02 11) 94 49-01

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9311



Inhalt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	Möglichkeiten und Grenzen der Investitions- berechnungen nach dem Nutzerkonzept im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamt- rechnung für Nordrhein-Westfalen	553
Erwerbstätigkeit	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1992	562
Produzierendes Gewerbe	Auftragseingänge der Industrie im September 1993	562
	Industrieproduktion im September 1993	562
Bauwirtschaft und Bautätigkeit	Bauproduktion im September 1993	569
	Baugenehmigungen und -fertigstellungen Januar – September 1993	562
Öffentliche Finanzen	Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1989	563
Handel	Einzelhandelsumsätze in den ersten drei Quartalen 1993	567
	Lieferungen NRWs in die neuen Bundesländer im 1. Halbjahr 1993	568
Verkehr	Pkw-Neuzulassungen im August 1993	568
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im Oktober 1993	568
Dienstleistungen	Dienstleistungsstatistik Ergebnisse der Piloterhebung 1990	570
	Zahlenspiegel	576

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- . . . Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Möglichkeiten und Grenzen der Investitionsberechnungen nach dem Nutzerkonzept im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Nordrhein-Westfalen

Die Investitionen stellen ein Nachfrageaggregat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar, das für die Wirtschaftsanalyse und -beobachtung von großer Bedeutung ist.

Als Investitionen werden die Zugänge an Sachanlagen bei den Wirtschaftseinheiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums bezeichnet. Der Investor kann die Sachanlagen für eigene Produktionszwecke verwenden. Er kann sie aber auch an andere Wirtschaftseinheiten vermieten oder verpachten, die ihrerseits diese Sachanlagen in ihrem Produktionsprozeß einsetzen. Damit stellt sich die Frage, ob die Sachanlagen dem Wirtschaftszweig und Ort des Eigentümers oder dem des Nutzers dieser Investitionen zugeordnet werden sollen. Bei der Zuordnung zum Eigentümer handelt es sich in erster Linie um eine rechtliche Betrachtungsweise. Ökonomisch gesehen besteht zwischen den Investitionen und der Wirtschaftsleistung ein enger Zusammenhang. Daher ist es aus dieser Sicht angebracht, die Investitionen in den Wirtschaftsbereichen und den Regionen nachzuweisen, in denen sie zur Wertschöpfung beitragen haben, und zwar unabhängig davon, wem sie gehören.

Die bisherigen Berechnungen beruhen auf dem Eigentümerkonzept. Dieses Konzept hat den Vorteil, daß die Werte der zugegangenen Sachanlagen leicht erfaßbar sind, weil sie vom Eigentümer in der Bilanz aktiviert werden müssen. Daher wurde bei den Investitionserhebungen früher ausschließlich auf das Kriterium der Aktivierung abgestellt. Dem kam entgegen, daß die Vermietung und Verpachtung von Investitionsgütern in früheren Jahren nur geringe Bedeutung hatte, so daß der Eigentümer meist auch Nutzer der Sachanlage war. Seit längerer Zeit ist jedoch die Vermietung und Verpachtung von Sachanlagen ein immer größerer Wirtschaftsfaktor geworden. Dies hängt mit der zunehmenden Bedeu-

tung der Leasing-Geschäfte zusammen. Immer mehr Firmen meiden eine langfristige Kapitalbindung zugunsten eines größeren Spielraums für andere Transaktionen.

Von seiten der Datenkonsumenten wurde daher der Ruf laut, die Investitionen unabhängig von den Eigentumsverhältnissen bei denjenigen Wirtschaftseinheiten nachzuweisen, die sie zur Produktion nutzen. Diese Berechnung der Investitionen nach dem Nutzerkonzept fordert vor allem auch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) bei den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Aufgrund der starken Nachfrage wurde vor wenigen Jahren bei den Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe das Frageprogramm erweitert, so daß seitdem die Errechnung von Ergebnissen nach dem Nutzerkonzept möglich ist.

Das bedeutet nicht, daß mit der Realisierung dieses Konzepts die Investitionsberechnungen nach dem Eigentümerkonzept überflüssig würden. Sie haben ihre Berechtigung, wenn es um die sektorale Nachfrage nach Investitionsgütern sowie um finanzielle Aspekte und Vermögensfragen geht.¹⁾

Aus der Bundesrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegen bisher noch keine Investitionsdaten nach dem Nutzerkonzept vor. Mit Berechnungen nach diesem Konzept für das Bundesgebiet hat sich bereits das ifo-Institut in eigenen Untersuchungen befaßt. Die benötigten Daten ermittelt das Institut auf der Basis von eigenen Unternehmensbefragungen, die zum größten Teil als Stichprobenerhebungen durchgeführt werden. Sie sind für die Länder

nicht repräsentativ. In den Veröffentlichungen des Instituts zur Investitionstätigkeit sind die Ergebnisse nach dem Nutzerkonzept noch nicht enthalten. An deren Einbeziehung wird zur Zeit noch gearbeitet²⁾.

Einige Methodenfragen zum Nutzer- und Eigentümerkonzept wurden bereits in einer früheren Ausgabe der Statistischen Rundschau behandelt³⁾. Im folgenden wird zunächst auf die Auswirkungen des Nutzerkonzepts auf die Investitionen in sektoraler und regionaler Hinsicht eingegangen und gezeigt, wie sich der Einfluß dieses Konzepts über die Abschreibungen auf die Entstehungsrechnung fortplant. Anschließend wird untersucht, inwieweit die Berechnung der Investitionen nach dem Nutzerkonzept in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen realisiert werden kann. Für das Produzierende Gewerbe werden dann erste Ergebnisse vorgestellt.

Sektoraler Effekt

Wenn die Wirtschaftseinheit, die eine Sachanlage mietet oder pachtet, demselben Wirtschaftsbereich wie die vermietende Einheit angehört, hat dies keine Auswirkungen auf den Nachweis der Investitionsergebnisse. Nach dem Eigentümer- wie auch nach dem Nutzerkonzept kommt man hier zu demselben Ergebnis.

Abweichungen ergeben sich erst, wenn die Wirtschaftseinheiten verschiedenen Wirtschaftsbereichen zugeordnet sind. Die wirtschaftsbereichsübergreifenden Transaktionen machen den weitaus größten Teil an den insgesamt getätigten Vermietun-

1) Vgl. M. Engelmann, D. Mohr: Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen, Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Heft 12/78.

2) Vgl. Sonderbeilage „Zahlen zur Investitionstätigkeit ausgewählter Wirtschaftsbereiche, 1984 bis 1991“, zum Monatsbericht: ifo-Wirtschaftskonjunktur, 11/92.

3) Vgl. W. Gerß: Einige Methodenfragen zu den Regionalwerten der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen, Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 2/93.

gen und Verpachtungen aus. Dies kommt allein schon durch das große Gewicht der Leasing-Geschäfte zustande. Die Leasing-Güter werden i. d. R. bei dem die Sachanlagen verleasenden Unternehmen aktiviert und dem Wirtschaftsbereich zugeordnet, in dem das jeweilige Unternehmen seinen Schwerpunkt hat. Es kommt auch vor, daß die Güter beim Leasing-Nehmer aktiviert werden. Diese Fälle sind allerdings relativ selten. Der wirtschaftliche Schwerpunkt eines Sachanlagen verleasenden Unternehmens kann im Verarbeitenden Gewerbe liegen, z. B. wenn Datenverarbeitungsanlagen durch die Produzenten von ADV-Geräten und -einrichtungen verleast werden. Oft handelt es sich jedoch um Leasing-Gesellschaften, bei denen die Dienstleistungsfunktion überwiegt. Sie gehören dadurch dem Dienstleistungsbereich an. Diese Gesellschaften verleasen Sachanlagen an Unternehmen aus den verschiedensten Wirtschaftsbereichen; vor allem auch an Unternehmen des Produzierenden Gewerbes. Daher ist davon auszugehen, daß es bei einem Übergang vom Eigentümer- zum Nutzerkonzept zu einer deutlichen statistischen Verschiebung zwischen den Wirtschaftsbereichen kommen wird.

Wenn alle Transaktionen nur innerhalb eines Gebietes stattfinden, gleichen sich die Verschiebungen über alle Wirtschaftsbereiche aus. D. h., für die Investitionen der Gesamtwirtschaft spielt es dann keine Rolle, welches Konzept zu Ihrer Ermittlung zugrunde gelegt wurde.

An einem Beispiel für vier fiktive Wirtschaftsbereiche ist der Unterschied zwischen dem Eigentümer- und dem Nutzerkonzept in der Tabelle verdeutlicht. Ausgangspunkt sind dabei die Investitionen, die sich nach dem Eigentümerkonzept ergeben. Sie konkretisieren sich in dem Wert der erworbenen und selbstgestellten Sachanlagen. Zum Übergang auf das Nut-

Fiktives Beispiel für die Zuordnung der Investitionen nach dem Eigentümer- und nach dem Nutzerkonzept				
Wirtschaftsbereich	Eigentümerkonzept	Geldeinheiten	Nutzerkonzept	Geldeinheiten
I	Erworbene Sachanlagen	200	Erworbene Sachanlagen Gemietete Sachanlagen von Wirtschaftsbereich II Wirtschaftsbereich III	200 +80 +40
			Genutzte Sachanlagen	320
II	Erworbene Sachanlagen	140	Erworbene Sachanlagen davon vermietete Sachanlagen an Wirtschaftsbereich I Wirtschaftsbereich III	140 -80 -60
			Genutzte Sachanlagen	0
III	Erworbene Sachanlagen	300	Erworbene Sachanlagen darunter vermietete Sachanlagen an Wirtschaftsbereich I Gemietete Sachanlagen von Wirtschaftsbereich II	300 -40 +60
			Genutzte Sachanlagen	320
IV	Erworbene Sachanlagen	360	Erworbene (= genutzte) Sachanlagen	360
Alle Wirtschaftsbereiche	Erworbene Sachanlagen	1 000	Genutzte Sachanlagen	1 000

zerkonzept müssen diese Sachanlagen zunächst um den Wert der aktivierten Sachanlagen, die an Wirtschaftseinheiten anderer Wirtschaftsbereiche vermietet oder verpachtet wurden – oder dazu bestimmt waren – vermindert werden. Addiert man nun den Wert der gemieteten und gepachteten Sachanlagen hinzu, so erhält man die im Produktionsprozeß genutzten Sachanlagen.

In dem dargestellten Beispiel werden im Wirtschaftsbereich I zu den erworbenen Investitionsgütern weitere hinzugemietet. Im Bereich II werden die erworbenen Güter vollständig vermietet. Dies entspricht dem Leasing-Bereich. Im Wirtschaftsbereich III werden zusätzlich Sachanlagen ge- und vermietet, während im Wirtschaftsbereich IV die erworbenen Investitionsgüter im selben Umfang für die eigene Produktion genutzt werden.

Regionaler Effekt

Sobald die mietende und die vermietende Wirtschaftseinheit, bzw. Leasing-Nehmer und Leasing-Geber, nicht in demselben Gebiet angesiedelt sind, ist der in den vorhergehenden Ausführungen dargestellte Ausgleich der Verschiebungen über alle Wirtschaftsbereiche nicht mehr gegeben.

Angenommen, in der vorhergehenden fiktiven Gegenüberstellung handele es sich beim Wirtschaftsbereich II um ein großes Leasingunternehmen, das seinen Sitz außerhalb des betrachteten Gebietes hat. Dann fallen in dem betrachteten Gebiet und Wirtschaftsbereich nach dem Eigentümerkonzept keine Investitionen an. Nach dem Nutzerkonzept verbleiben die an die Wirtschaftsbereiche I und III verleasten Investitionsgüter in diesem

Gebiet. Damit beträgt dort nach dem Eigentümerkonzept der Wert der Gesamtinvestitionen nur noch 860 Einheiten, während er nach dem Nutzerkonzept weiterhin 1 000 Einheiten ausmacht.

Umgekehrt beläuft sich der Wert der Gesamtinvestitionen nach dem Eigentümerkonzept auf 1 000 Einheiten und derjenige nach dem Nutzerkonzept auf 860 Einheiten, wenn das Leasing-Unternehmen innerhalb der betrachteten Region und die Leasing-Nehmer außerhalb angesiedelt sind.

Dieser Zusammenhang gilt auch dann, wenn die Vermietungstransaktion zwischen Wirtschaftseinheiten desselben Wirtschaftsbereichs erfolgt.

Nun sind normalerweise in einer Region sowohl Mieter als auch Vermieter von Investitionsgütern angesiedelt, die ihre Transaktionen mit Geschäftspartnern außerhalb der Region abwickeln. Gegenüber dem Eigentümerkonzept hängen damit die konkreten Auswirkungen des Nutzerkonzepts auf die Gesamtinvestitionen davon ab, wie groß bei einer Region die Differenz zwischen den Werten der Investitionsgüter ist, die zum einen von extra-regionalen Wirtschaftseinheiten gemietet und zum anderen an extra-regionale Wirtschaftseinheiten vermietet wurden.

Man kann davon ausgehen, daß die Intensität entsprechender Transaktionen um so stärker ist, je kleiner die Region ist, wie dies grundsätzlich für alle grenzüberschreitenden Ströme gilt.

Das bedeutet, daß die konzeptbedingten Abweichungen bei den Investitionsergebnissen für die Kreise Nordrhein-Westfalens wesentlich größer sein dürften als bei den Landesergebnissen.

Auf Bundesebene wird der Regionaleffekt vernachlässigbar sein. Es ist anzunehmen, daß der Saldo aus den Werten der von ausländischen Wirtschaftseinheiten gemieteten und der an ausländische Wirtschaftseinheiten vermieteten Sachanlagen im Vergleich mit der Höhe der Gesamtinvestitionen nicht ins Gewicht fällt. Hier wirkt sich in erster Linie der Struktureffekt aus, während bei den regionalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beide Effekte voll zum Tragen kommen.

Auswirkungen auf die Entstehungsrechnung

Der Übergang auf das Nutzerkonzept bei den Investitionen hat über die Abschreibungen auch Einfluß auf die Entstehungsrechnung. Das hängt damit zusammen, daß die Investitionszeitreihen Grundlage der Anlagevermögensrechnung sind und die Abschreibungen aus der Anlagevermögensrechnung abgeleitet werden. Allerdings ist nicht nur die Höhe der Abschreibungen von dem zugrundeliegenden Konzept der Investitionen betroffen, sondern auch die Höhe der Vorleistungen oder der Produktionswerte; je nachdem, ob es sich um die mietende oder die vermietende Wirtschaftseinheit handelt.

Dies wirkt sich unmittelbar auf die Bruttowertschöpfung aus. Der Zusammenhang soll im folgenden an einem einfachen Beispiel für einen Leasing-Nehmer und einen Leasing-Geber verdeutlicht werden, die unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen angehören sollen. Aus Gründen der Überschaubarkeit werden keine Produktionssteuern und Subventionen unterstellt.

Bei dem Leasing-Nehmer gehen nach dem Eigentümerkonzept die Kosten für die geleasteten Sachanlagen als laufende Produktionsaufwendungen in die Vorleistungen ein. In dem Beispiel betragen sie 100 Geldeinheiten. Bei einem Bruttoproduktionswert von 1 500 Geldeinheiten und Gesamtvorleistungen von 400 Einheiten errechnet sich eine Bruttowertschöpfung von 1 100 Einheiten. Durch Abzug der Abschreibungen erhält man die Nettowertschöpfung in Höhe von 950 Geldeinheiten.

Nach dem Nutzerkonzept werden dagegen bei dem Leasing-Nehmer zusätzlich die Abschreibungen auf den Wert der geleasteten Investitionsgüter in Ansatz gebracht. Dafür muß der Wert, der den Abschreibungen der geleasteten Güter entspricht, aus den Kosten für Leasing innerhalb der Vor-

Auswirkungen der Zuordnungskonzepte der Investitionen auf die Aggregate der Entstehungsrechnung anhand eines fiktiven Beispiels (in Geldeinheiten)				
Aggregate	Leasing-Nehmer im Wirtschaftsbereich I		Leasing-Geber im Wirtschaftsbereich II	
	Eigentümer- konzept	Nutzer- konzept	Eigentümer- konzept	Nutzer- konzept
Bruttoproduktionswert	1 500	1 500	100	10
Vorleistungen	400	310	4	4
darunter Aufwendungen für geleaste Maschinen, Bauten usw.	100	10	—	—
Bruttowertschöpfung	1 100	1 190	96	6
Produktionssteuern abzüglich Subventionen	—	—	—	—
Abschreibungen	150	240	90	—
Nettowertschöpfung	950	950	6	6

leistungen herausgenommen werden. In dem Beispiel beträgt er 90 Geldeinheiten. Die über den Abschreibungsbetrag hinausgehenden Kosten, die dem Leasing-Nehmer z. B. für die mit den Sachanlagen verbundenen Service-Leistungen in Rechnung gestellt wurden, rechnen weiterhin zu den Vorleistungen (10 Geldeinheiten). Damit ergibt sich eine Bruttowertschöpfung von 1 190 Geldeinheiten. Die Nettowertschöpfung bleibt demgegenüber unverändert.

Beim Leasing-Geber gehen nach dem Eigentümerkonzept die vom Leasing-Nehmer eingenommenen Leasingraten in Höhe von 100 Geldeinheiten in den Produktionswert ein. Bei angenommenen 4 Geldeinheiten Vorleistungen ergibt sich eine Bruttowertschöpfung von 96 Einheiten. Abzüglich des Abschreibungswertes der verleaste Sachanlagen (90 Geldeinheiten) bleiben 6 Geldeinheiten Nettowertschöpfung übrig.

Nach dem Nutzerkonzept besteht der Bruttoproduktionswert beim Leasing-Geber nur noch aus den Leasingeinnahmen, die über die Abschreibungen auf die verleaste Investitionsgüter hinausgehen (10 Geldeinheiten). Die Vorleistungen bleiben hier von der Konzeptänderung unberührt, so daß die Bruttowertschöpfung 6 Geldeinheiten ausmacht. Da die Abschreibungen beim Leasing-Nehmer anfallen, entspricht beim Leasing-Geber die Bruttowertschöpfung der Nettowertschöpfung.

Addiert man die Bruttowertschöpfung des Leasingnehmers und -gebers, so ergibt sich nach beiden Konzepten jeweils eine Summe von 1 196 Geldeinheiten. Hieraus ist zu erkennen, daß es beim Übergang auf das Nutzerkonzept – in gleicher Weise wie bei den Investitionen – zu sektoralen Verschiebungen der Bruttowertschöpfung kommt, die sich über alle Wirtschaftsbereiche kompensieren (Struktureffekt).

Wenn die mietenden und die vermietenden Wirtschaftseinheiten ihren Sitz nicht in derselben Region haben, kommt es – analog zu den Auswirkungen bei den Investitionen – zu einer regional unterschiedlichen Höhe der gesamten Bruttowertschöpfung und folglich auch des Bruttoinlandsprodukts (Regionaleffekt). Da sich die Nettowertschöpfung, in der sich die bei der Produktion entstandenen Einkommen ausdrücken, durch den Regionaleffekt nicht ändert, bleiben auch die Einkommen der Verteilungsrechnung in jedem Fall unberührt.

Möglichkeiten der Investitionsberechnung nach dem Nutzerkonzept in den Wirtschaftsbereichen

Zur Ermittlung von Investitionsdaten steht keine alle Wirtschaftsbereiche überdeckende Erhebung zur Verfügung, jedoch gibt es für eine Reihe von Wirtschaftsbereichen eigene Investitionserhebungen. Sie sind in der Tabelle aufgeführt. Daraus ist zu ersehen, daß nur die Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe (Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe) die Möglichkeit zur Ermittlung von Investitionen nach dem Nutzerkonzept bieten. Hierauf wird weiter unten noch ausführlich eingegangen. In die Investitionserhebungen im Handel und Gastgewerbe

sind dagegen die notwendigen Fragen nach dem Wert der gemieteten und vermieteten Sachanlagen bisher noch nicht aufgenommen.

Eine der größten Datenlücken besteht bei den Dienstleistungsbereichen. Für diese Bereiche gibt es – abgesehen vom Handel und Gastgewerbe – in der amtlichen Statistik bisher keine eigene Berichterstattung. Zur Ermittlung der Ausrüstungsinvestitionen lassen sich auch keine Daten aus nichtamtlichen Quellen beschaffen, so daß in der laufenden Länderrechnung die Bundesansätze der Ausrüstungen pauschal nach den Erwerbstätigenzahlen auf die Bundesländer verteilt werden.

Die zunehmende Bedeutung der Dienstleistungsunternehmen und die Wichtigkeit, über laufende Informationen für diese Wirtschaftsbereiche zu verfügen, hat nun in Abstimmung mit den Anforderungen der EG zur Vorbereitung eines Dienstleistungstatistikgesetzes geführt. Es wird angestrebt, die Statistik erstmals im Jahre 1994 mit Ergebnissen für das Berichtsjahr 1993 durchzuführen.

Zunächst war die Erfassung des gesamten tertiären Bereichs geplant. Hiervon ist man jedoch aus Kostengründen wieder abgegangen und hat den Erhebungsbereich auf die modernen unternehmensbezogenen Dienstleistungen, wie Datenverarbeitung,

Investitionserhebungen in den Wirtschaftsbereichen						
Investitionserhebung im Wirtschaftsbereich	Unternehmensinvestitionen			Betriebsinvestitionen		
	erworben	gemietet	vermietet	erworben	gemietet	vermietet
Energie- und Wasserversorgung	x	x		x	x	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	x	x	x	x	x	
Bauhauptgewerbe	x	x	x			
Ausbaugewerbe	x	x	x			
Einzelhandel	x					
Großhandel	x					
Handelsvermittlung	x					
Gastgewerbe	x					
Dienstleistungen (in Vorbereitung)	x	x	x			

Rechts- und Wirtschaftsberatung, Marketing-Tätigkeiten, Vermietung beweglicher Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften usw. beschränkt.

Als Erhebungsmerkmale sind nicht nur der Wert der erworbenen Anlagegüter berücksichtigt, sondern auch die Werte der ge- und vermieteten Ausrüstungsinvestitionen und Bauten. Für die Aufnahme der Merkmale hat sich u. a. auch der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ eingesetzt.

Die Brauchbarkeit der Dienstleistungsstatistik für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder wird dadurch eingeschränkt, daß nur die unternehmensbezogenen Dienstleistungen erfaßt werden sollen. Dies bedeutet zwar schon eine wichtige Verbesserung der Datenbasis. Es reicht aber bei weitem nicht aus, den gesamten Dienstleistungsbereich abzudecken.

Darüber hinaus hat die Dienstleistungsstatistik für Länderzwecke den Nachteil, daß es sich um eine Stichprobe handeln wird und nur Unternehmensergebnisse erhoben werden sollen. Bei der Stichprobe wird der Auswahlatz bei höchstens 20 % der Erhebungseinheiten in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Es bleibt abzuwarten, ob die Ergebnisse auch für die kleineren Länder noch repräsentativ sein werden. Das Fehlen von Angaben für örtliche Einheiten wiegt nicht so schwer wie in anderen Wirtschaftsbereichen, weil es in den Dienstleistungsbereichen viele Einbetriebsunternehmen gibt.

In den Wirtschaftsbereichen, für die keine Investitionserhebungen durchgeführt werden, muß zur Ermittlung der Investitionen nach dem Eigentümerkonzept wie auch nach dem Nutzerkonzept auf andere Datenquellen zurückgegriffen werden. Dabei fallen bei der Berechnung der Investitionen

nach dem Eigentümerkonzept bereits jetzt z. T. Daten an, die bei einer späteren Ermittlung von Ergebnissen nach dem Nutzerkonzept übernommen werden können. Im Zusammenhang mit den Bauten wird darauf im nächsten Kapitel eingegangen.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen gilt dies vor allem für die Ergebnisse der Fahrzeuginvestitionen in den Wirtschaftsbereichen „Landwirtschaft“ und „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“. Sie haben in diesen Bereichen eine große Bedeutung für die Leistungserstellung und werden separat von den übrigen Ausrüstungsinvestitionen ermittelt. Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG-Reg) stellen die mobilen Einheiten des Straßenverkehrs und der Schifffahrt keine Produktionseinheiten dar. Demzufolge müßten sie regional dem Ort ihrer Nutzung, also ihrem Einsatzgebiet, zugewiesen werden. Hierzu fehlen jedoch geeignete Daten. EUROSTAT empfiehlt daher, die Fahrzeuginvestitionen behelfsweise dem Sitz derjenigen Wirtschaftseinheiten zuzuordnen, die die Fahrzeuge einsetzen, da sich dies datenmäßig mit Hilfe regionaler Angaben über die amtliche Zulassung der Fahrzeuge realisieren läßt. Dem trägt die Länderrechnung der Investitionen jetzt schon Rechnung, indem sie die Zahlen der Kfz-Neuzulassungen nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes verwendet. Diese Angaben stehen nach dem Wirtschaftszweig der Halter zur Verfügung. Sie werden meist mit durchschnittlichen Produktionswerten – differenziert nach Fahrzeugarten – bewertet. In den Zahlen für einen bestimmten Wirtschaftszweig und ein bestimmtes Gebiet sind auch – gemäß dem Nutzerkonzept – die geleasten Fahrzeuge enthalten, da der Fahrzeughalter nicht der Eigentümer des auf ihn zugelassenen Fahrzeugs sein muß.

Darüber hinaus schlägt EUROSTAT innerhalb des Verkehrsbereichs weiterhin vor, die nationalen Investitionen beim Luftverkehr mit dem Tätigkeitsindikator „auf den Flughäfen der Region abgefertigte Fluggäste und Ladung“ zu regionalisieren. Diese Angaben können für die Länderrechnung der Luftverkehrsstatistik entnommen werden. In gleicher Weise sollen die nationalen Investitionen der Eisenbahnen mit dem Indikator „in den Bahnhöfen der Region abgefertigte Fahrgäste und Ladung“ auf die Gebiete verteilt werden. Hierzu müssen noch Erkundigungen bei der Deutschen Bundesbahn eingeholt werden.

Zur Ermittlung von Investitionsangaben für den Bereich „Staat“ stehen nur die Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte zur Verfügung. Für den Unterbereich „Bund“ wird in der laufenden Berechnung der Bundeshaushaltsplan ausgewertet. Aus diesen Quellen ist es allenfalls möglich, neben erworbenen Sachanlagen die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen zu extrahieren, nicht jedoch den Wert dieser Anlageinvestitionen. Andererseits ist zu bedenken, daß im Sektor Staat die Mietinvestitionen noch von untergeordneter Bedeutung sind. Hier könnten u. U. die Investitionsergebnisse nach dem Eigentümerkonzept in die Berechnungen nach dem Nutzerkonzept übernommen werden. Es muß allerdings damit gerechnet werden, daß aufgrund der schlechten Finanzsituation der öffentlichen Haushalte in Zukunft vermehrt auf das Finanzierungsinstrument „Leasing“ zurückgegriffen wird, um Gebäude, Kläranlagen usw. zu finanzieren.

Auch bei den Bereichen „Sozialversicherung“ und „private Organisationen ohne Erwerbszweck“ dürfte es kein großer Nachteil sein, daß es keine Angaben über den Wert der Mietinvestitionen gibt. Hier reicht – abgesehen von den Bauten bei den „privaten

Organisationen ohne Erwerbszweck“ – die Datenbasis nicht einmal aus, regionale Investitionsangaben nach dem Eigentümerkonzept zugrunde zu legen.

Ermittlung der Bauten nach dem Nutzerkonzept

Hier ist zwischen den Bauten, die Wohngebäude darstellen (einschl. der Wohnungen in Nichtwohnbauten), und allen anderen Bauten zu unterscheiden. Wohngebäude bzw. Wohnungen als Teile davon können im Eigentum sein von:

- privaten Haushalten
- Wohnungsunternehmen
- übrigen Unternehmen sowie Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Wohnungswirtschaftliche Transaktionen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aber nicht – wie es dem Eigentümerkonzept entspräche – bei den genannten Wirtschaftsbereichen nachgewiesen. Vielmehr werden sie als unternehmerische Tätigkeiten definiert und innerhalb des Unternehmenssektors einem eigens dafür geschaffenen Wirtschaftsbereich „Wohnungsvermietung“ zugeordnet. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Transaktionen gewerbsmäßig oder privat durchgeführt werden. Sogar für die Wohnungen, die von Eigentümern selbst bewohnt werden, werden fiktive Mieten angesetzt. Bei Wirtschaftseinheiten, die von ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt her nicht in der Wohnungswirtschaft tätig sind, wird die wohnungswirtschaftliche Aktivität herausgelöst und dem Bereich „Wohnungsvermietung“ zugeschlagen. Anders als bei der sonst üblichen Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche nach institutionellen Einheiten bedeutet dies, daß das hier zugrundeliegende funktionale Prinzip von vornherein dem Nutzerkonzept gleichkommt, weil alle Woh-

nungsinvestitionen – unabhängig von den Eigentumsverhältnissen – in demselben Wirtschaftsbereich wie die damit erstellte Bruttowertschöpfung nachgewiesen werden. Datenquelle ist bei den laufenden Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Bautätigkeitsstatistik. Damit können die Ergebnisse aus diesen Berechnungen unverändert in eine zukünftige Ermittlung der Investitionen nach dem Nutzerkonzept übernommen werden.

Angaben über Nichtwohnbauten werden bei den meisten Datenquellen im Wirtschaftsbereich und am Ort des Eigentümers nachgewiesen. Um Ergebnisse nach dem Nutzerkonzept berechnen zu können, wird deshalb bei den Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe nach dem Wert der neu gemieteten und gepachteten Grundstücke mit neuen Geschäfts-, Fabrik-, Wohn- und anderen Bauten (einschl. Parkplätzen) gefragt. Allerdings hat diese Art der Fragestellung den Nachteil, daß dabei auch die Wohnbauten eingeschlossen sind, die dem Bereich Wohnungsvermietung zugewiesen werden müssen. Für eine Bereinigung der Werte um die Wohnbauten fehlen geeignete Ausgangsdaten. Andererseits dürften gemietete und gepachtete Grundstücke mit Wohnbauten bei den Wirtschaftseinheiten des Produzierenden Gewerbes eher eine untergeordnete Rolle spielen, so daß nur mit einer geringfügigen Überhöhung der Werte zu rechnen ist.

Zur Ermittlung der Nichtwohnbauten der Wirtschaftsbereiche „Land- und Forstwirtschaft“, „Dienstleistungsunternehmen“ und „private Organisationen ohne Erwerbszweck“ wird in den laufenden Berechnungen nach dem Eigentümerkonzept die Bautätigkeitsstatistik zugrunde gelegt. Daraus stehen die veranschlagten Baukosten fertiggestellter Nichtwohngebäude nach dem Wirtschaftsbereich des

Bauherrn zur Verfügung. Die Eignung dieser Ergebnisse zur Übernahme in die Berechnungen nach dem Nutzerkonzept ist in sektoraler Hinsicht unterschiedlich zu beurteilen. Gut eignen sich vor allem die Ergebnisse der Land- und Forstwirtschaft, da der Bauherr als Eigentümer eines Gebäudes in diesem Bereich mit dem Nutzer identisch sein dürfte. Anders wird es mit den Zahlen des Wirtschaftsbereichs „Dienstleistungsunternehmen“ sein. Darin sind z. T. Angaben über Nichtwohngebäude von Leasing-Gesellschaften enthalten, die diese Gebäude an Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche weitervermieten.

Ermittlung der Investitionen nach dem Nutzerkonzept aus den Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe

Seit dem Berichtsjahr 1989 ist es für das Produzierende Gewerbe möglich, Investitionen nach dem Nutzerkonzept zu berechnen, weil von diesem Jahr an die Frage nach dem Wert der neu gemieteten und gepachteten Sachanlagen in das Erhebungsprogramm aufgenommen wurde. Adressiert man hierzu – wie oben dargestellt wurde – den in den Investitionserhebungen erfragten Wert der erworbenen und selbsterstellten Sachanlagen (ohne: Grundstücke ohne Bauten), der den Sachanlagen nach dem Eigentümerkonzept entspricht, und zieht den Wert der aktivierten Sachanlagen ab, die an Dritte vermietet oder verpachtet wurden bzw. für die Vermietung oder Verpachtung bestimmt waren, so erhält man den Wert der genutzten Sachanlagen.

Das Merkmal „Wert der aktivierten Sachanlagen, die an Dritte vermietet oder verpachtet wurden“ ist schon lange Bestandteil der Investitionserhebungen im Bergbau und Verarbei-

tenden Gewerbe sowie im Baugewerbe. Für den Wirtschaftsbereich „Energie- und Wasserversorgung“ wird es nicht erhoben. Hier hat das Verleasen von Sachgütern keine Bedeutung.

Der Wert der aktivierten Sachanlagen, die an Dritte vermietet oder verpachtet wurden, wird in den genannten Investitionserhebungen nur für Unternehmen erfragt. Bei den Länderrechnungen muß aber – aufgrund der Schwierigkeiten, die Angaben der Mehrbetriebsunternehmen regional abzugrenzen – mit Daten für örtliche Einheiten bzw. mit den Angaben der Investitionserhebungen für Betriebe gearbeitet werden. Da aber die weitervermieteten Sachanlagen physisch nicht im Unternehmen verbleiben und nur am Unternehmenssitz Informationen darüber vorliegen, erscheint es vertretbar, in diesem Fall unmittelbar die Unternehmensangaben in die Berechnungen einzubeziehen. Darüber hinaus liefern die Investitionserhebungen nur Angaben zu den gesamten vermieteten und gepachteten Sachanlagen. Eine Aufgliederung nach Ausrüstungen und Bauten fehlt. Dadurch ist eine vollständige Berechnung der Investitionen nach dem Nutzerkonzept für diese Investitionsarten nicht möglich.

Wie bereits erwähnt, müssen zur Ermittlung regionaler Investitionsergebnisse Angaben für örtliche Einheiten herangezogen werden. In der Energie- und Wasserversorgung sowie im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gibt es neben den Investitionserhebungen für Unternehmen auch solche für Betriebe. Alle verwendeten Betriebswerte müssen bei dem von den Bundesländern angewendeten System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen wirtschaftssystematisch dem Schwerpunkt des jeweils zugehörigen Unternehmens zugeordnet werden. Im Baugewerbe müssen nur die Unternehmen Meldungen zu ihren Investitionen abge-

ben. Hier werden die Unternehmensergebnisse in gleicher Weise wie bei den Berechnungen der Investitionen nach dem Eigentümerkonzept behelfsmäßig auf Betriebsergebnisse umgerechnet. Dies geschieht mit Hilfe eines Umrechnungsfaktors, der aus dem baugewerblichen Umsatz der Betriebe im Verhältnis zur Jahresbauleistung der Unternehmen errechnet wird.

Weitere Schätzungen sind erforderlich, weil im Produzierenden Gewerbe nicht alle Berichtseinheiten zu den Investitionserhebungen meldepflichtig sind. Lediglich im Wirtschaftsbereich Energie- und Wasserversorgung werden – mit Ausnahme des Bereichs „Wasserversorgung“ – alle Unternehmen und Betriebe erfaßt. Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bauhauptgewerbe beziehen sich die Investitionsangaben auf Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, im Ausbaugewerbe auf Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten. Um Ergebnisse für alle Betriebe bzw. Unternehmen zu erhalten, werden die Investitionsdaten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes pauschal nach dem Quotienten aus dem Umsatz aller Betriebe und dem Umsatz der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten hochgerechnet. Im Baugewerbe wird der Hochrechnungsfaktor aus dem Verhältnis der Beschäftigten aller Baubetriebe zu denen in Baubetrieben von Unternehmen mit 20 bzw. 10 und mehr Beschäftigten ermittelt.

Ergebnisse des Produzierenden Gewerbes für 1991

Nach den im vorhergehenden Abschnitt dargestellten Methoden wurden für Nordrhein-Westfalen erstmals Investitionsangaben nach dem Nutzerkonzept für das Produzierende Ge-

werbe berechnet. Da aus der Bundesrechnung noch keine Ergebnisse vorliegen und auch für die anderen Bundesländer noch keine Angaben ermittelt worden sind, konnten die Zahlen für Nordrhein-Westfalen nicht auf die Bundesergebnisse abgestimmt werden. Es handelt sich somit um sog. „unkoordinierte“ Ergebnisse. Für einen sinnvollen Vergleich mußten sie daher auch auf unkoordinierte Länderwerte aus den laufenden Investitionsberechnungen nach dem Eigentümerkonzept bezogen werden.

Bei der Beurteilung der Qualität der Investitionsergebnisse nach dem Nutzerkonzept ist zu berücksichtigen, daß der Wert der gemieteten Sachanlagen bei den Berichtseinheiten nicht notwendigerweise bekannt ist. Es besteht die Möglichkeit, sich bei dem Vermieter nach dem Verkaufswert zu erkundigen, sofern ein solcher Wert überhaupt existiert. Denn es gibt Investitionsgüter, wie z. B. elektronische Großrechner, die ausschließlich verleast werden. Insgesamt gesehen muß man davon ausgehen, daß zum großen Teil Schätzwerte gemeldet werden. Die größeren Unternehmen müssen bei den Leasing-Verträgen die noch ausstehenden Leasing-Raten bis zum Ende der Laufzeit in ihren Bilanzen als Verbindlichkeiten ausweisen. Bei der Meldung der Angaben kann sich das Unternehmen an diesen Beträgen orientieren. Dabei kann der gemeldete Wert eines gemieteten Investitionsgutes höchstens gleich der Summe der Leasing-Raten sein.

Besonders bei der Einführung der Erhebungen dürfte die Datenqualität aufgrund der anfänglichen Unsicherheit bei der Ermittlung der Werte in den Unternehmen noch zu wünschen übrig lassen. Daher wurde hier auf die jüngsten zur Verfügung stehenden Daten des Berichtsjahres 1991 zurückgegriffen. Da die Hochrechnungsfaktoren aus der laufenden Länderrechnung der Investitionen (s. vorherge-

Investitionen nach dem Eigentümer- und dem Nutzerkonzept für das Jahr 1991					
Wirtschaftsbereich	Investitionen nach dem Eigentümerkonzept		Investitionen nach dem Nutzerkonzept		
	Mill. DM	Anteil an der Summe der Wirtschaftsbereiche %	Mill. DM	Anteil an der Summe der Wirtschaftsbereiche %	Investitionen nach dem Eigentümerkonzept = 100
Produzierendes Gewerbe	36 016	100	37 738	100	105
Energie- und Wasserversorgung	4 769	13,2	4 776	12,6	100
Bergbau	1 057	2,9	1 102	2,9	104
Verarbeitendes Gewerbe	28 149	78,2	29 666	78,7	105
Baugewerbe	2 041	5,7	2 194	5,8	108
Bauhauptgewerbe	1 573	4,4	1 651	4,4	105
Ausbaugewerbe	469	1,3	542	1,4	116

henden Abschnitt) noch nicht vorlagen, wurden behelfsmäßig diejenigen von 1990 angelegt.

Nach den Berechnungen für das Berichtsjahr 1991 waren für das gesamte Produzierende Gewerbe die Investitionen nach dem Nutzerkonzept um 5 % höher als nach dem Eigentümerkonzept. Läßt man die vermieteten Sachanlagen außer acht und berücksichtigt nur die gemieteten Sachanlagen, so ergibt sich ein Prozentsatz von 5,6 %. Demgegenüber betrug die gesamtwirtschaftliche Leasing-Quote (Anteil der gemieteten Anlagen an den gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau) für Westdeutschland 1991 gut 10 %⁴⁾. Trotz aller Einschränkung in der Vergleichbarkeit der Zahlen könnte der relativ niedrige Prozentsatz von 5,6 % auf eine Untererfassung bei den hier ermittelten Ergebnissen hindeuten.

In der weiteren Untergliederung der Berechnungsergebnisse zeigt sich, daß das Ergebnis für das Produzierende Gewerbe in erster Linie von den Verhältnissen im Verarbeitenden Gewerbe geprägt wird, da dort über drei Viertel der Investitionen getätigt werden. Ein vergleichbares Ergebnis fin-

det sich im Bergbau, bei dem die Investitionen nach dem Nutzerkonzept um 4 % höher als nach dem Eigentümerkonzept lagen. In der Energiewirtschaft spielten die unterschiedlichen Konzepte keine Rolle. Überdurchschnittlich viele Sachanlagen wurden im Baugewerbe dazugemietet. Nach Abzug der vermieteten Anlagen wurden wertmäßig 8 % mehr Anlagen zur Produktion eingesetzt, als wenn nur die für Produktionszwecke erworbenen Anlagen zugrunde gelegt worden wären. Dies ist vor allem auf das Ausbaugewerbe mit seiner hohen Meßzahl von 116 zurückzuführen.

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind die Meßzahlen über die Unterbereiche breit gestreut. Die höchsten Meßzahlen verzeichneten die Bereiche „Herstellung und Verarbeitung von Glas“, „Feinkeramik“ sowie „Luft- und Raumfahrzeugbau“. Besonders hinter den Meßzahlen der beiden letztgenannten Wirtschaftsbereiche verbergen sich sehr kleine absolute Werte. Des weiteren hat das Nutzerkonzept auch größere Auswirkungen auf die Investitionen der Bereiche „Herstellung von Spielwaren, Musikinstrumenten usw.“, „Herstellung von EBM-Waren“, „Ziehereien, Kaltwalzwerke usw.“ und „Herstellung von Kunststoffwaren“. In diesen Wirtschaftsbereichen liegt die Meßzahl bei ca. 110.

In der chemischen Industrie, in der mit Abstand am meisten investiert worden ist, wirkte sich das Nutzerkonzept bei einer Meßzahl von 102 kaum aus. Im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und im Ernährungsgewerbe – weiteren wichtigen Wirtschaftszweigen Nordrhein-Westfalens – hatte die Anmietung von Sachanlagen erheblich größere Bedeutung. Diese Bereiche trugen auch am meisten zum absoluten Unterschied zwischen den Investitionen nach dem Eigentümer- und nach dem Nutzerkonzept bei.

In den Wirtschaftsbereichen „Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen“ sowie „Straßenfahrzeugbau“ werden Güter produziert, die in hohem Maße verleast werden. Erwartungsgemäß ist im ADV-Bereich der Anteil der vermieteten Sachanlagen größer als derjenige der gemieteten Anlagen, so daß die errechnete Meßzahl einen Wert von weit unter 100 annimmt. Im Unterschied dazu zeigen die Berechnungsergebnisse für den Fahrzeugbau keine nennenswerten Vermietungsaktivitäten. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Fahrzeughersteller das Leasing-Geschäft über Leasinggesellschaften abwickeln, die den Status eigenständiger Tochterunternehmen haben und damit dem Dienstleistungsbereich zugerechnet werden. Abgesehen vom ADV-Bereich war das Vermietungsgeschäft im Jahre 1991 vor allem im Wirtschaftsbereich „Ledererzeugung und -verarbeitung“ überdurchschnittlich ausgeprägt.

Wie weiter oben bereits ausgeführt wurde, fallen aus den Investitionserhebungen bei der Vermietung von Sachanlagen keine Ergebnisse getrennt nach vermieteten Bauten und vermieteten Ausrüstungen an. Es stehen nur Angaben zu den gemieteten Ausrüstungen und Bauten zur Verfügung. Aus diesen Angaben ist erkennbar, in welchem Umfang sie zu den

4) Vgl. „Leasing, zweistelliger Zuwachs“, Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (IWD), Heft 21, 1992.

Gemietete, vermietete und genutzte Sachanlagen 1991				
	Gemietete Sachanlagen	Vermietete Sachanlagen	Genutzte Sachanlagen	
	erworbene Sachanlagen = 100			Anteil an der Summe der Wirtschaftsbereiche %
Produzierendes Gewerbe	5,6	0,8	104,8	100
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,0	0,1	100,9	15,6
Energie- und Wasserversorgung	0,2	0,0	100,2	12,7
Bergbau	5,0	0,7	104,3	2,9
Verarbeitendes Gewerbe	6,3	0,9	105,4	78,6
chemische Industrie	2,2	0,4	101,8	12,0
Mineralölverarbeitung	0,1	0,0	100,1	1,7
Herstellung von Kunststoffwaren	9,9	0,8	109,1	3,7
Gummiverarbeitung	3,0	0,1	102,9	0,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2,0	0,4	101,7	2,2
Feinkeramik	23,7	0,0	123,7	0,2
Herstellung und Verarbeitung von Glas	44,1	0,5	143,6	1,6
eisenschaffende Industrie	0,2	0,3	99,9	5,5
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	1,5	0,2	101,3	1,9
Gießerei	4,4	0,1	104,4	1,1
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	9,8	0,3	109,5	3,0
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	5,7	2,8	103,7	1,4
Maschinenbau	8,4	2,9	105,6	7,1
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen	0,6	11,7	88,8	0,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	3,6	0,1	103,6	8,2
Schiffbau	0,7	0,0	100,7	0,0
Luft- und Raumfahrzeugbau	19,5	0,0	119,5	0,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	7,6	0,6	107,1	6,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	6,4	0,7	105,7	0,7
Herstellung von EBM-Wäten	10,6	0,9	109,7	4,0
Herstellung von Spielwaren, Musikinstrumenten usw.	10,7	0,0	110,7	0,2
Holzbe- und -verarbeitung	8,4	0,8	107,7	2,1
Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung	2,9	0,4	102,5	2,8
Druckerei, Vervielfältigung	8,5	0,1	108,4	2,2
Ledererzeugung und Verarbeitung, Herstellung von Schuhen	4,1	13,7	90,4	0,2
Textilgewerbe	9,1	1,0	108,1	1,7
Bekleidungsgewerbe	11,1	3,9	107,2	0,4
Ernährungsgewerbe	10,0	1,9	108,1	7,8
Tabakverarbeitung	1,9	0,0	101,9	0,0
Baugewerbe	8,7	1,2	107,5	5,8
Bauhauptgewerbe	6,4	1,4	105,0	4,4
Ausbaugewerbe	16,3	0,6	115,7	1,4

gesamten gemieteten Sachanlagen beitragen. Entsprechend den Gewichten bei den Gesamtinvestitionen dominieren auch hier normalerweise die gemieteten Ausrüstungen.

Fazit

Die vorhergehenden Ausführungen haben deutlich werden lassen, daß bis zu einer Berechnung der Investitionen nach dem Nutzerkonzept über

alle Wirtschaftsbereiche noch einige Schwierigkeiten überwunden werden müssen.

Zunächst einmal müssen Ergebnisse aus der Bundesrechnung vorliegen, auf die die Länderwerte abzustimmen sind. Auch werden die Bundeswerte für diejenigen Wirtschaftsbereiche benötigt, für die keine Länderangaben vorliegen. In diesen Fällen müssen die Bundeswerte mit Hilfe geeigneter Indikatoren auf die Länder geschlüsselt werden.

Darüber hinaus ist die Aufnahme des Wertes der ge- und vermieteten Sachanlagen in die Investitionserhebungen im Handel und Gastgewerbe erforderlich. Hier muß von Seiten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachdrücklich darauf hingewirkt werden, daß diese Merkmale Bestandteil der Erhebungen werden.

Ein weiterer Schritt in Richtung auf die Berechnungen nach dem Nutzerkonzept könnte die Verfügbarkeit von Angaben aus der demnächst laufenden Dienstleistungsstatistik sein, soweit sie sich für die Länderrechnungen eignen.

Von großem Vorteil ist die Möglichkeit der Berechnungen für das Produzierende Gewerbe. Außerdem eignen sich – wie gezeigt wurde – Ergebnisse aus den Berechnungen nach dem Eigentümerkonzept in einigen Wirtschaftsbereichen für eine Übernahme in diejenigen nach dem Nutzerkonzept, wie z. B. bei den Wohnungs- und den Fahrzeuginvestitionen.

Wenn in bestimmten Bereichen die gemieteten und gepachteten Sachanlagen nicht direkt beim Nutzer erfaßt werden können, wäre es grundsätzlich auch möglich, auf indirektem Weg an die Zahlen heranzukommen. Dazu müßten vom Vermieter Angaben nach dem Wirtschaftsbereich und dem Ort des Mieters erfragt werden. Zudem wäre eine Gegenüberstellung der Zahlen in Wirtschaftsbereichen, in denen sie von zwei Seiten her ermittelt werden können, für Plausibilitätsprüfungen sehr nützlich. Z. B. könnten dadurch Untererfassungen aufgedeckt werden. Der indirekte Weg wäre gangbar, wenn vor allem im Rahmen der zukünftigen Dienstleistungsstatistik die Leasing-Unternehmen entsprechend differenzierte Angaben zu den vermieteten Sachanlagen machen müßten. Dies ist jedoch nicht vorgesehen. →

Bei allen Überlegungen ist zu bedenken, daß die Anwendung des Nutzerprinzips nicht überall zwingend durchgesetzt werden muß. Es gibt eine Reihe von Wirtschaftsbereichen, in

denen die Nutzung gemieteter und gepachteter Sachanlagen keine Rolle spielt. Dann kann es vertretbar sein, die Ergebnisse nach dem Eigentümerkonzept beizubehalten. ■

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1992

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer, die in Nordrhein-Westfalen etwa vier Fünftel aller Erwerbstätigen stellen, war 1992 mit 6,2 Millionen um knapp 30 000 höher als 1991 und um rund 630 000 höher als zehn Jahre zuvor. Der Zuwachs an Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor war mit +660 000 binnen zehn Jahren sogar noch höher; im Produzierenden Gewerbe wurden dagegen gut 30 000 Arbeitsplätze abgebaut.

Innerhalb des Dienstleistungssektors nahm die Beschäftigung im Vergleich 1982/1992 in allen Bereichen zu, am stärksten bei den „Organisationen ohne Erwerbscharakter und privaten Haushalten“ (+50 % auf 162 000) und den „Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen“ (+39 % auf 1,3 Millionen). Im Produzierenden Gewerbe schlug vor allem die negative Entwicklung im Bereich „Energie- und Wasserversorgung, Bergbau“ (–23 % auf 207 000) zu Buche.

Baugenehmigungen und -fertigstellungen Januar-September 1993

Der positive Trend im Wohnungsbau hält weiter an: In den ersten drei Quartalen dieses Jahres erteilten die nordrhein-westfälischen Bauämter **Baugenehmigungen** für 72 014 Wohnungen; das waren rund ein Sechstel (16 %) mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Am höchsten war der Anstieg bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (+25 % auf 38 659), gefolgt von Wohnungen in Zweifamilienhäusern (+14 % auf 7 458) und Einfamilienhäusern (+10 % auf 18 641).

Außerdem wurden Baugenehmigungen für 1 338 neue Wohnungen in solchen Gebäuden erteilt, die überwiegend nicht Wohnzwecken dienen (sog. „Nichtwohngebäude“; Beispiel: Hausmeisterwohnung in Bürogebäude). Durch Um- oder Ausbauten bestehender Gebäude sollen per Saldo weitere 5 918 Wohnungen entstehen.

Als **fertiggestellt** gemeldet wurden von den Bauämtern im Lande bis einschließlich September 28 048 Wohnungen, 9 % mehr als im gleichen Zeitraum 1992. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß gut die Hälfte der Baumaßnahmen eines Jahres immer erst im Dezember als fertiggestellt gemeldet wird. Von den 28 048 fertigen Wohnungen entfielen 8 560 auf Einfamilienhäuser (+13 %), 2 826 auf Zweifamilienhäuser (+13 %), 14 148 auf Mehrfamilienhäuser (+9 %) und 385 auf „Nichtwohngebäude“ (–29 %). 2 129 Wohnungen entstanden durch Um- oder Ausbauten schon vorhandener Häuser.

Auftragseingänge der Industrie im September 1993

Die Auftragseingänge der nordrhein-westfälischen Industrie waren im September 1993 um 6 % niedriger als vor einem Jahr; dabei gingen die Inlandsnachfrage um 6 % und Auslandsnachfrage um 5 % zurück.

In den einzelnen Sektoren zeichneten sich unterschiedliche Entwicklungen ab: Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (–3 %) stand einem Rückgang der Inlandsorders um 5 % ein Anstieg der Auslandsaufträge um 1 % gegenüber. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (–4 %) war bei den Inlandsaufträgen ein Minus von 2 % und bei den Auslandsaufträgen ein Rückgang um 8 % zu verzeichnen. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe ging die Nachfrage aus dem Inland und aus dem Ausland um jeweils 10 % zurück.

Industrieproduktion im September 1993

Die nordrhein-westfälische Industrie (Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau) produzierte im September dieses Jahres 6 % weniger als ein Jahr zuvor. Der Rückgang bei den Investitionsgütern war mit –11 % am höchsten. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich wurden 3 % weniger produziert als vor Jahresfrist; hier hatten die Mineralölverarbeitung (+15 %) und die chemische Industrie (–1 %) eine stabilisierende Wirkung. Im Verbrauchsgütersektor nahm die Produktion um 2 % ab, während bei der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln das Ergebnis vom September 1992 um 3 % übertroffen wurde. Im Bergbau wurde die Förderung um 12 % gedrosselt.

Einheitswerte der gewerblichen Betriebe 1989

In dem durch das Gesetz über Steuerstatistiken festgelegten mehrjährigen Erhebungsturnus für die Steuerstatistiken war das Jahr 1989 wiederum Erhebungsjahr für die Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe, ebenso wie auch für die Statistiken der Steuern vom Einkommen und die Vermögensteuerstatistik sowie die Einheitswertstatistik der Mineralgewinnungsrechte. Damit das Betriebsvermögen möglichst zeitnah besteuert werden kann, wird es in regelmäßigen Zeitabständen bewertet. Nach dem Bewertungsgesetz (BewG)¹⁾ findet für die Einheitswerte des Betriebsvermögens eine sogenannte Hauptfeststellung statt. Das Ergebnis dieser Feststellung ist der Einheitswert des gewerblichen Betriebes. Er wird gesondert, d. h. in einem vom eigentlichen Besteuerungsverfahren unabhängigen Bewertungsverfahren, ermittelt und gilt einheitlich – im Falle des Betriebsvermögens – als Besteuerungsgrundlage für Vermögen-, Erbschaft- und Gewerbesteuer. Dem folgenden Beitrag liegen die Ergebnisse für den Bewertungsstichtag 1. Januar 1989 zugrunde.

Bei der Festsetzung der betrieblichen Einheitswerte sind auch die Werte der Mineralgewinnungsrechte und des Grundbesitzes in die Bewertung mit einzubeziehen, sofern sie einem gewerblichen Betrieb zugehören. Eine Hauptfeststellung für Mineralgewinnungsrechte – das sind Rechte, Bodenschätze aufzusuchen und zu gewinnen – fand im Rahmen des vorgeschriebenen 6jährigen Bewertungsturnus ebenfalls 1989 statt.

Die letzte Einheitsbewertung des Grundbesitzes liegt dagegen schon länger zurück. Für ihn gab es eine Hauptfeststellung nach dem Stande vom 1. Januar 1935, deren Einheits-

werte bis 1972 Bestand hatten. Eine weitere fand danach erst wieder auf den 1. Januar 1964 statt. Wegen des großen Aufwands einer umfassenden Neubewertung des Grundbesitzes konnten die dabei festgestellten Einheitswerte erstmalig ab dem Jahr 1974 der Besteuerung zugrunde gelegt werden. Ein Termin für eine erneute Einheitsbewertung steht bisher noch nicht fest. Der Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens liegen für die Betriebsgrundstücke somit weiterhin die auf den Wertverhältnissen von 1964 basierenden Einheitswerte zugrunde. Sie sind – um das gestiegene Wertniveau in etwa zu berücksichtigen – während der Geltungsdauer des Einheitswertes aus 1964 mit einem Zuschlag von 40 % anzusetzen.

Bei der Einheitswertstatistik handelt es sich um eine Sekundärstatistik. Die Daten werden aus der Bescheid-Erstellung gewonnen und den statistischen Landesämtern von der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt. Mit der Gewinnung der Daten aus der Einheitswertbescheid-Erstellung unterliegt die Statistik dem zeitlichen Ablauf dieser Arbeiten in der Finanzverwaltung. Die Aufbereitung der Statistik kann erst abgeschlossen werden, nachdem die zum Teil mehrjährigen Feststellungsarbeiten bei den Finanzämtern durchgeführt worden sind. Die zeitliche Aktualität der Statistik wird dadurch beeinträchtigt; ihre Hauptbedeutung ist in der Bereitstellung von Strukturdaten zu sehen.

Weniger Einheitswertfeststellungen

Der gewerbliche Betrieb im Sinne des Bewertungsrechts ist weitgehend mit dem Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes identisch und setzt eine selbständige nachhalti-

ge wirtschaftliche Betätigung voraus. Darüber hinaus sind für die Zwecke der Einheitsbewertung die freien Berufe (mit Ausnahmen, wie z. B. künstlerische und wissenschaftliche Tätigkeiten) den Gewerbebetrieben gleichgestellt. Entgegen der in der Betriebswirtschaftslehre üblichen Darstellung des Betriebes als örtlich begrenzte, technisch-wirtschaftliche Organisationseinheit umfaßt der Gewerbebetrieb nach dem Bewertungsgesetz bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise überwiegend das gesamte Unternehmen.

Aufgrund steuerrechtlicher Gegebenheiten ist die Zahl der Einheitswertfeststellungen im Zeitraum 1977 bis 1986 ständig zurückgegangen. Während vor 1980 die Verpflichtung zur Abgabe von Erklärungen noch von der Höhe des Betriebsvermögens abhing (Erklärungspflicht für alle Betriebsvermögen mit einem Wert von mindestens 6 000 DM gemäß § 28 Abs. 2 BewG i. d. Fassung vom 26. 9. 1974, BGBl. I S. 2369), wurde nachfolgend auf die Höhe des Gewerbekapitals abgestellt (Erklärungspflichtgrenze in Höhe des Gewerbekapitalfreibetrages; 1980: 60 000, 1983: 120 000 DM).

In die Gewerbekapitalberechnung geht der aus dem Betriebsvermögen durch Abzug der Betriebsschulden ermittelte Einheitswert zwar als Ausgangswert ein, das durch Hinzurechnungen (z. B. Dauerschulden) und Kürzungen (z. B. Grundstücks-Einheitswerte) ermittelte Gewerbekapital ergibt jedoch eine völlig neue Ausgangsbasis. Hinzu trat, daß im Laufe der Zeit die Dauerschulden in unterschiedlicher Höhe zu berücksichtigen waren. Um gewerbliche Unternehmen von der Gewerbesteuer zu entlasten, waren bei der Ermittlung des Gewerbekapitals die Dauerschulden ab 1983 nur noch zu 60 % und ab 1984 sogar lediglich zu 50 % anzurechnen. Beide Punkte, der neu definierte Gewerbekapitalansatz mit einer nur teil-

1) Bewertungsgesetz (BewG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1985 (BGBl. I S. 845), letztmalig geändert durch § 12 des Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft (LaFG) vom 12. Juli 1989 (BGBl. I S. 1435)

Betriebe, Rohbetriebsvermögen und Einheitswertvolumen am 1. 1. 1977 bis 1989			
Jahr (jeweils 1. 1.)	Betriebe	Rohbetriebsvermögen	Einheitswert
	Anzahl	1 000 DM	
1977	321 915	542 564 916	128 366 869
1980	207 933	770 088 117	158 287 590
1983	186 581	1 092 245 007	199 586 827
1986	167 415	1 336 497 650	240 634 909
1989	165 910	1 495 948 537	278 099 759

weisen Anrechnung der Dauerschulden sowie die Anhebung der Erklärungsspflichtgrenze entsprechend dem Gewerbekapitalfreibetrag, führten dazu, daß sich die Zahl der Einheitswertfeststellungen von 1977 bis 1986 schrittweise um fast die Hälfte reduzierte. Gegenüber 1986 sind die Einheitswertfeststellungen des Jahres 1989 dagegen nur noch geringfügig zurückgegangen. Die Abnahme betraf ausschließlich Unternehmen der unteren Größenklassen mit einem Einheitswert bis unter 100 000 DM. Daß überhaupt noch Einheitswerte für Betriebe dieser Größenklassen festgestellt wurden, hängt zum einen damit zusammen, daß Betriebsinhaber (Einzelunternehmer oder Gesellschafter einer Personengesellschaft) aufgrund anderer Vermögensarten eine Vermögensteuererklärung abzugeben hatten²⁾. Zum anderen kann für eine Reihe von Betrieben eine ungünstige Kapitalstruktur vorgelegen haben, z. B. mit einem hohen Anteil an Dauerschulden. Das Gewerbekapital lag unter Einbeziehung von 50 % der Schulden möglicherweise nur geringfügig über der Freibetragsgrenze von 120 000 DM, und eine Einheitswertfeststellung war damit gegeben. Bei der Kürzung des Betriebsvermögens

um die Schulden stellte sich dann aber ein Einheitswert in geringer Höhe ein.

In den Größenklassen mit einem Einheitswert von 100 000 und mehr DM waren bei den Einheitswertfeststel-

lungen durchweg Zuwächse zu verzeichnen (zusammen um +7,6 %). Die Verteilung weist aus, daß sich die Masse des Einheitswertvolumens zunehmend auf höhere Einheitswert-Größenklassen konzentrierte. Auf die Größenklassen mit einem Einheitswert unter 1 Mill. DM entfielen 89,3 % (1986: 91 %, 1980: 94 %) aller Betriebe, aber nur 9,4 % (1986: 10,2 %, 1980: 15,3 %) der gesamten Einheitswertsumme. Die Größenklassen ab 10 Mill. DM umfaßten dagegen nur 1,8 % (1986: 1,5 %, 1980: 0,8 %) der Betriebe, die jedoch 75,2 % (1986: 74,2 %, 1980: 64,5 %) des Einheitswertvolumens auf sich vereinigten.

Betriebe am 1. 1. 1986 und 1989 nach Einheitswertgrößenklassen			
Einheitswertgrößenklasse	Betriebe		
	1. 1. 1986	1. 1. 1989	Veränderung 1. 1. 1989 gegenüber 1. 1. 1986
	Anzahl		%
Einheitswert von ... bis unter ... DM			
unter 10 000	6 450	4 445	-31,1
10 000 - 50 000	34 250	28 176	-17,7
50 000 - 100 000	40 003	39 972	- 0,1
100 000 - 1 Mill.	71 121	75 488	+ 6,1
1 Mill. - 5 Mill.	11 120	12 466	+12,1
5 Mill. - 10 Mill.	1 971	2 330	+18,2
10 Mill. - 50 Mill.	1 914	2 340	+22,3
50 Mill. und mehr	586	693	+18,3
Insgesamt	167 415	165 910	- 0,9

Einheitswerte am 1. 1. 1986 und 1989 nach Einheitswertgrößenklassen					
Einheitswertgrößenklasse	Einheitswert				Veränderung 1. 1. 1989 gegenüber 1. 1. 1986
	1. 1. 1986		1. 1. 1989		
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Einheitswert von ... bis unter ... DM					
unter 10 000	35	0	24	0	-31,4
10 000 – 50 000	1 056	0,4	891	0,3	-15,6
50 000 – 100 000	2 736	1,1	2 730	1,0	- 0,2
100 000 – 1 Mill.	20 715	8,6	22 458	8,1	+ 8,4
1 Mill. – 5 Mill.	23 664	9,8	26 698	9,6	+12,8
5 Mill. – 10 Mill.	13 909	5,8	16 282	5,9	+17,1
10 Mill. – 50 Mill.	39 763	16,5	49 488	17,8	+24,4
50 Mill. und mehr	138 757	57,7	159 528	57,4	+15,0
Insgesamt	240 635	100	278 100	100	+15,6

2) Die Erklärungsspflichtgrenze hinsichtlich des Gewerbekapitals gilt nicht mit Wirkung für die Vermögensteuer. Deshalb ist der Einheitswert für das Betriebsvermögen auch dann festzustellen, wenn das Gewerbekapital den genannten Freibetrag zwar nicht übersteigt, der Einheitswert sich aber auf die Vermögensteuer des Betriebsinhabers auswirkt (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 BewG). Angesichts der vermögenssteuerlichen Begünstigungen des Betriebsvermögens (Freibetrag von 125 000 DM, Ansatz des verbleibenden Betrages mit lediglich 75 %; § 117 a BewG) wird das aber kaum noch der Fall sein.

In welchem Umfang für Unternehmen die betrieblichen Vermögen festgestellt wurden, verdeutlicht ein Vergleich mit den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik. Der Anteil der in der Einheitswertstatistik erfaßten Betriebe belief sich auf 30,3% der im Jahr 1990 umsatzsteuerlich nachgewiesenen Unternehmen. In den Jahren 1977 und 1980 hatte der Anteil noch 70 bzw. 45 % (im Vergleich zur Umsatzsteuerstatistik 1976 bzw. 1980) betragen. Ungeachtet der unterschiedlichen Abgrenzungskriterien zwischen beiden Statistiken dokumentieren diese Zahlen den vor allem bei kleineren Betrieben stark reduzierten Erhebungsumfang.

Einheitswert-Ermittlung

Obwohl dem Ergebnis von 1989 eine etwas geringere Anzahl an Betrieben zugrunde lag als 1986, ergab sich ein um 11,9 % höheres Rohbetriebsvermögen und eine um 15,6 % größere Einheitswertsumme. Beim Anlagevermögen, das 35,5 % des Rohbetriebsvermögens ausmachte, entfiel der größte Posten auf die Sachanlagen. Dazu gehören Betriebsgrundstücke, Maschinen und maschinelle Anlagen sowie die sonstigen Sachanlagen, wie z. B. die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Zu den Finanzanlagen (20,1 %) rechnen immaterielle Werte wie Mineralgewinnungsrechte, Patente und Lizenzen sowie als Hauptbestandteil Beteiligungen, nicht zum Umsatz bestimmte Wertpapiere und Aktivhypotheken. Das Umlaufvermögen bestand überwiegend aus Betriebskapital (rd. 72 % entfielen dabei allein auf Banken und Versicherungen). Hierzu gehören im wesentlichen liquide Mittel wie Bargeld, Bank- und Postscheckguthaben, Schecks und Wechsel sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen an bzw. für Kunden, die aus der laufenden Umsatzstätigkeit des Unternehmens resultieren. Das Vorratsvermögen, das einen Anteil von 12,6 % am Umlaufver-

mögen und 8,1 % am Rohbetriebsvermögen hatte, enthält die für die Produktion oder den Absatz bestimmten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Halb- und Fertigerzeugnisse aller Art. Nach Abzug der Schulden und sonstigen Abzüge sowie der Schachtelbeteiligungen vom Rohbetriebsvermögen verblieb ein (Rein-) Vermögen in Höhe von rd. 278 Mrd. DM, das in der Tabelle als Einheitswert (ungerundet) ausgewiesen ist³⁾.

mit die stärkste Steigerung in den 80er Jahren auf. Die Aufwärtsbewegung war geprägt von einer hohen Investitionstätigkeit. Weitere Konjunkturanstöße kamen vom privaten Verbrauch, der Baunachfrage und von den Auslandsbestellungen. Somit war die ganze Breite der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erfaßt.

Der gegenüber dem Umlaufvermögen höhere Anstieg der Investitionen

Besitz- und Schuldposten sowie Einheitswert am 1. 1. 1986 und 1989

Besitz- und Schuldposten	1. 1. 1986		1. 1. 1989		Veränderung 1. 1. 1989 gegenüber 1. 1. 1986
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Anlagevermögen	425 011	31,8	531 761	35,5	+25,1
davon					
Sachanlagen	215 454	16,1	231 560	15,5	+ 7,5
davon					
Betriebsgrundstücke	64 255	4,8	65 705	4,4	+ 2,3
Maschinen und maschinelle Anlagen	94 261	7,1	109 496	7,3	+16,2
sonstige Sachanlagen	56 938	4,3	56 360	3,8	- 1,0
Finanzanlagen	209 558	15,7	300 201	20,1	+43,3
Umlaufvermögen	911 486	68,2	964 187	64,5	+ 5,8
davon					
Betriebskapital	800 946	59,9	843 110	56,4	+ 5,3
Vorratsvermögen	110 541	8,3	121 077	8,1	+ 9,5
Rohbetriebsvermögen	1 336 498	100	1 495 949	100	+11,9
Schulden und sonstige Abzüge	1 045 315	78,2	1 158 094	77,4	+10,8
Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen	50 547	3,8	59 754	4,0	+18,2
Einheitswert	240 635	18,0	278 100	18,6	+15,6

Die Zusammensetzung der Besitz- und Schuldposten der gewerblichen Betriebe ist nicht zuletzt das Ergebnis der an die allgemeine Wirtschaftslage angepaßten Aktivitäten der Unternehmen. Zum Zeitpunkt der Bewertung überwogen in weiten Bereichen der Wirtschaft die konjunkturellen Auftriebskräfte. Das reale Bruttoinlandsprodukt hatte 1988 um 3,1 % (1989: +3,0 %) zugenommen und wies da-

in Sach- und Finanzanlagen hatte zum Ergebnis, daß sich der Anteil des Anlagevermögens am Rohbetriebsvermögen leicht erhöhte. Bei den Sachanlagen führten die Investitionen in neue Produktionsanlagen und die (wertsteigernde) Modernisierung bestehender Anlagen zu einer Zunahme des Wertes der Maschinen und maschinellen Anlagen um 16,2 %. Demgegenüber blieb die Zunahme bei den Betriebsgrundstücken (+2,3 %) zurück. Hierbei spielt mit eine Rolle, daß sie aufgrund der Bestimmungen des § 121 a BewG nach wie vor nur mit 140 % der auf den Wertverhältnissen von 1964 beruhenden Einheitswerte

3) Dieser Wert ist nicht identisch mit der Summe der von der Finanzverwaltung festgesetzten Einheitswerte. Der festgesetzte Einheitswert ergibt sich, indem gemäß § 30 BewG das Reinvermögen auf volle 1 000 DM nach unten gerundet wird. Die Rundungsvorschrift hat zur Folge, daß für Werte von 1 bis 999 DM kein Einheitswert festgestellt wird.

in die Bewertung eingehen. Aufgrund der gesteigerten Aktivitäten auf dem Gebiet der Unternehmensbeteiligungen und auch weil die bei einer Reihe von Unternehmen verfügbare freie Liquidität vermehrt am Kapitalmarkt angelegt wurde, verzeichneten insbesondere die Finanzanlagen einen beträchtlichen Zuwachs (+43,3 %).

Auf einen insgesamt leicht verbesserten Status deutet der gegenüber dem Rohbetriebsvermögen zurückgebliebene Anstieg der Schulden und sonstigen Abzüge hin. Ihr Anteil verringerte sich auf nunmehr 77,4 % des Rohbetriebsvermögens. Mit einem Anteil von 17 % der Schulden und sonstigen Abzüge waren langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 197 Mrd. DM gesondert ausgewiesen (-22,9 % gegenüber 1986) und Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen mit 4,4 % (51 Mrd. DM, +20 % gegenüber 1986).

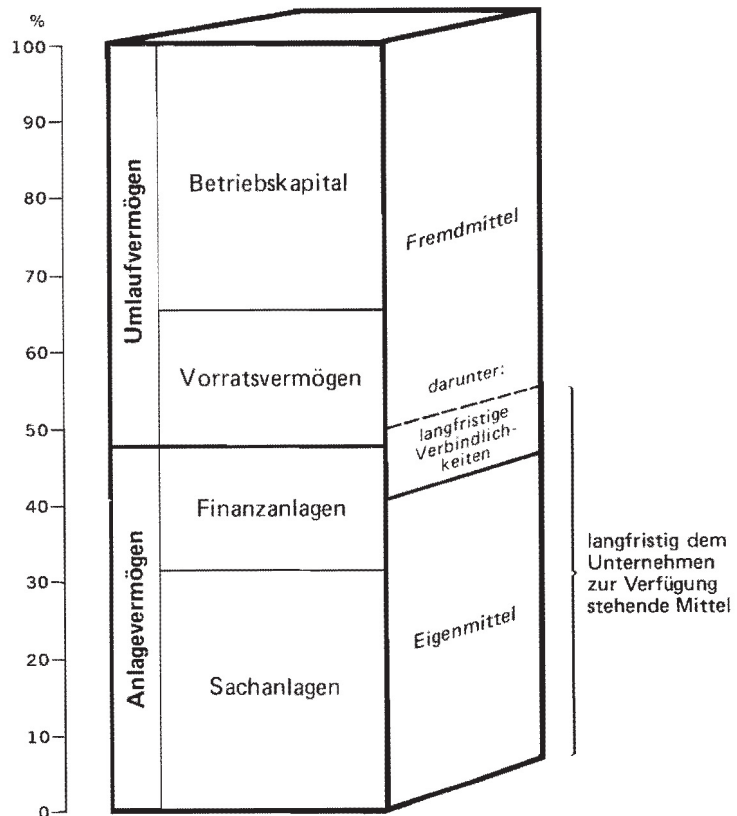
Die Zunahme der Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen (+18,2 %) korrespondierte zum Teil mit den von den Unternehmen eingegangenen Beteiligungen. Durch den Abzug vom Rohbetriebsvermögen wird erreicht, daß das einer „Schachtel“ zugrundeliegende Vermögen nicht mehrfach in die Einheitswertbemessung eingeht; eine Mehrfachbesteuerung wird dadurch vermieden (sog. Schachtelprivileg, § 102 BewG). Seit dem 1. 1. 1984 gilt die Vergünstigung für Beteiligungen mit einem Mindestumfang von 10 %.

Vermögens- und Kapitalaufbau der Betriebe (ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften)

Die Besitz- und Schuldposten, die der Einheitswertberechnung zugrunde liegen, können einander wie die Aktiva und Passiva einer Unternehmensbilanz gegenübergestellt werden. Das

Vermögens- und Kapitalaufbau der gewerblichen Betriebe 1989 ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften

Rohbetriebsvermögen = 100 %



zum Rohbetriebsvermögen zusammengefaßte Anlage- und Umlaufvermögen kann so als die Aktivseite einer Bilanz interpretiert werden, der auf der Passivseite das aus Einheitswert und dem Wert der Schachtelbeteiligungen zusammengesetzte Eigenkapital und das Fremdkapital, das die Schulden und sonstigen Abzüge umfaßt, gegenüberstehen.

Das Verhältnis der verschiedenen Vermögens- und Kapitalposten zum Rohbetriebsvermögen ergibt Strukturgrößen, wie sie auch aus der Unter-

nehmensbilanzstatistik bekannt sind. Ein unmittelbarer Vergleich zwischen den aus beiden Statistiken ermittelten Kenngrößen ist jedoch nicht möglich. Wie erwähnt, fehlen in der Einheitswertstatistik überschuldete Unternehmen und solche mit einem unter 1 000 DM liegenden Nettobetriebsvermögen. Hinzu kommt, daß bei der Ermittlung des Einheitswertes die Schulden und sonstigen Abzüge nicht alle Positionen umfassen, die bilanzrechtlich als Verbindlichkeiten anzusehen sind, was dazu führt, daß die Verbindlichkeiten tendenziell zu nied-

rig und der Eigenkapitalanteil entsprechend überhöht ausfallen⁴⁾. Des weiteren wirken sich die unterschiedlichen Bewertungsvorschriften bei beiden Statistiken aus. In der Handelsbilanz werden die Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens höchstens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt, dem Wertverlust wird durch Abschreibungen und Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für die Gegenstände des Umlaufvermögens gilt das Niederstwertprinzip; d. h. von den möglichen Wertansätzen – Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einerseits, Börsen- oder Marktpreis andererseits – ist der jeweils niedrigste zu wählen. Bei der vermögenssteuerrechtlichen Bewertung nach dem BewG wird dagegen in der Regel vom Teilwert (§ 10 BewG) ausgegangen. Darunter ist der Betrag zu verstehen, der bei einem Verkauf des gesamten Unternehmens für ein einzelnes Wirtschaftsgut anzusetzen wäre, unter der Voraussetzung, daß der Erwerber das Unternehmen fortführt. In der Regel handelt es sich dabei um den Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionswert eines Wirtschaftsguts zum Bewertungsstichtag⁵⁾. Die genannten Gründe legen es somit nahe, weniger die absoluten Beträge als vielmehr die zeitlichen Veränderungen der aus der Einheitswertstatistik ermittelten Indikatorgrößen zu betrachten.

4) So können bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens Rückstellungen das Betriebsvermögen nur mindern, wenn sie für bereits entstandene, bewertbare Verbindlichkeiten gebildet worden sind. Dies ist beispielsweise bei Pensionsrückstellungen der Fall – nicht jedoch bei anderweitigen Rückstellungen (für ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften usw.), die folglich in der Regel nicht als Schuldposten angesetzt werden dürfen. Zur Problematik der Bildung von Kenngrößen aus der Einheitswertstatistik, vgl.: Hansjörg Häfele, Kapitaldecke zu kurz, in Wirtschaftswache Nr. 41/1983, S. 52.

5) Vgl. Gürsching, Stenger: Kommentar zum Bewertungsgesetz und Vermögensteuergesetz, § 10 Anm. 7.

Besitz- und Schuldposten der gewerblichen Betriebe am 1. 1. 1972 – 1989*)					
Einheitswert (jeweils 1. 1.)	Anlage- vermögen	Umlauf- vermögen	Einheits- wert und Schachtel- beteiligungen	Schulden und sonstige Abzüge	
				insgesamt	darunter langfristige Verbind- lichkeiten
	% des Rohbetriebsvermögens				
1972	43,0	57,0	37,4	62,6	12,9
1974	46,3	53,7	40,6	59,4	13,3
1977	45,7	54,3	39,0	61,0	14,7
1980	43,9	56,1	38,0	62,0	11,7
1983	43,9	56,1	37,4	62,6	16,7
1986	45,1	54,9	38,7	61,3	10,2
1989	47,7	52,3	40,4	59,6	9,3

*) gewerbliche Betriebe ohne Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Beteiligungsgesellschaften

Bei der Bildung dieser Kenngrößen für die Jahre 1972 bis 1989 blieben die Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe und die Beteiligungsgesellschaften wegen ihrer andersartigen Vermögens- und Schuldenstrukturen außer Betracht.

Die Ergebnisse lassen erkennen, daß sich die nicht zuletzt auch für die Investitions- und Innovationskraft der Unternehmen als maßgeblich angesehene Eigenkapitalausstattung im zurückliegenden Drei-Jahres-Zeitraum weiter erhöht hat. Das aus dem Ein-

heitswert und dem Wert der Schachtelbeteiligungen ermittelte Eigenkapital betrug 1989 40,4 % des Rohbetriebsvermögens und reichte damit fast wieder an das Niveau von 1974 heran. Im Durchschnitt der erfaßten Betriebe war das Anlagevermögen zu 84,7 % durch Eigenmittel gedeckt. Allgemein sollte das Anlagevermögen mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehenden Mitteln – Eigenkapital oder langfristiges Fremdkapital – finanziert werden. Dies war im Betrachtungszeitraum stets der Fall. ■

Einzelhandelsumsätze in den ersten drei Quartalen 1993

Die nordrhein-westfälischen Einzelhändler setzten in den ersten neun Monaten dieses Jahres nominal 2,3 % weniger um als von Januar bis September 1992. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ging der Umsatz um 4,3 % zurück.

In den einzelnen Branchen verlief die Entwicklung recht unterschiedlich: Mit nominal +5,8 % stieg der Umsatz im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen am stärksten, gefolgt vom Textileinzelhandel (+4,6 %) und der Papierwaren-, Druckerzeugnis- und Büromaschinenbranche (+3,4 %). Umsatzeinbußen mußten dagegen der „Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art“ (–1,5 %), der Elektrohandel (–1,7 %), die Nahrungs- und Genußmittelbranche (–1,9 %), der Einzelhandel mit Pharma- und Kosmetikerzeugnissen (–5,4 %) sowie der Fahrzeughandel (–10,5 %) hinnehmen.

Lieferungen NRWs in die neuen Bundesländer im 1. Halbjahr 1993

Zwischen Nordrhein-Westfalen und den neuen Bundesländern wurden im ersten Halbjahr 1993 Waren im Wert von 8,7 Milliarden DM gehandelt. Dabei stieg der Wert der Lieferungen in die neuen Bundesländer gegenüber dem ersten Halbjahr 1992 um 3,6 % auf 7,7 Milliarden DM, während der Wert der Bezüge von dort um 1,9 % auf 971 Millionen DM abnahm.

Von den NRW-Lieferungen entfiel mit 1,9 Milliarden DM der größte Anteil auf Straßentransporte; gefolgt von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Produkten der Nahrungs- und Genussmittelbranche mit 898 Millionen DM sowie Maschinenbauzeugnissen im Wert von 720 Millionen DM.

Bei den Bezügen aus den neuen Bundesländern dominierten landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produkte der Nahrungs- und Genussmittelbranche (191 Millionen DM), gefolgt von Eisen- und Stahlerzeugnissen (147 Millionen DM) und chemischen Erzeugnissen (146 Millionen DM).

Pkw-Neuzulassungen im August 1993

In Nordrhein-Westfalen wurden im August 1993 41 129 Pkws und Kombis neu zum Verkehr zugelassen, 2,3 % weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Insgesamt ergab sich für die ersten acht Monate dieses Jahres mit 440 244 Neuzulassungen sogar ein Minus von gut einem Fünftel (20,9 %) gegenüber dem gleichen Zeitraum 1992 (556 529).

Fast alle (99,8 %) in diesem Jahr bis August neu zugelassenen Pkws und Kombis waren als schadstoffreduziert anerkannt. Bei etwa jedem siebten Fahrzeug (14,6 %) handelte es sich um ein Dieselfahrzeug.

Preisindex für die Lebenshaltung im Oktober 1993

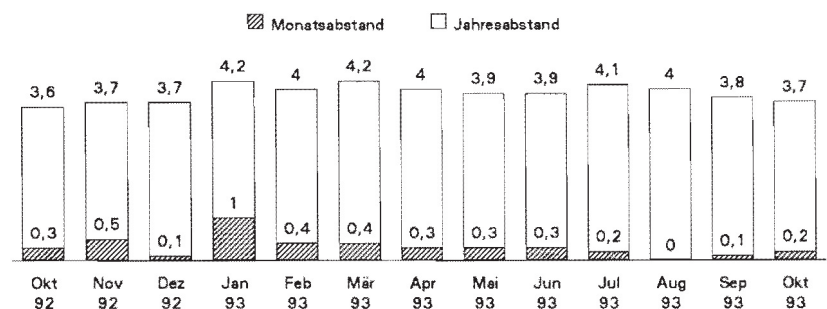
Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte Oktober/Mitte September) um 0,2 % auf 119,0 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100); gegenüber dem **Vorjahr** (Oktober 1992) beträgt die Indexveränderung +3,7 %. Im September hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate bei +3,8 % gelegen.

Die seit einigen Monaten zu beobachtende rückläufige Entwicklung der Jahresteuerrate und der Umstand, daß der monatliche Preisanstieg seit August unter den Vergleichswerten des Vorjahres liegt, spiegeln eine gewisse Beruhigung des Preisklimas wider. Insbesondere konnte seit Mitte vorigen Monats u. a. die erneute Verbilligung der saisonabhängigen Nahrungsmittel verhindern, daß sich kräftige Preiserhöhungen bei Heizöl und eine deutliche Anhebung von Versicherungsprämien spürbarer auf die Verteuerung der Gesamtlebenshaltung auswirkten. – Nur durchschnittlich zogen Wohnungsmieten und Dienstleistungspreise an.

Für die ersten zehn Monate 1993 errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +4,0 % (Januar bis Oktober 1992/91: +3,9 %).

Für Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit **mittlerem Einkommen** betrug die Indexveränderung gegenüber dem Vormonat +0,2 % (auf 118,6 Punkte) und in Jahresfrist +3,5 %, für Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit **höherem Einkommen** (auf 120,1 Punkte) +0,2 % bzw. +3,7 % und für Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit **geringem Einkommen** (auf 118,4 Punkte) +0,1 % bzw. +3,5 %.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW - Veränderungen in Prozent -



Grafik: LDS NRW

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW
(Basis 1985 = 100) im Oktober 1993 (Monatsmitte)**
Veränderungen der Hauptgruppen-Indizes und andere wichtige Preisveränderungen

Rang- folge*)	Hauptgruppe Gütergruppe Gut	Wägungs- anteil	Veränderung gegenüber		Indexstand
			Vormonat	gleichem Monat des Vorjahres	
		%	%	%	Punkte
–	Gesamtpreisindex	1 000	+ 0,2	+ 3,7	119,0
	ohne Heizöl und Kraftstoffe	952,49	+ 0,2	+ 3,8	120,7
	ohne Saisonwaren ¹⁾	977,15	+ 0,2	+ 3,7	119,6
	ohne Dienstleistungen und Reparaturen (jedoch mit Wohnungs- und Garagennutzung)	750,29	+ 0,2	+ 3,0	115,3
	nur Dienstleistungen und Reparaturen (ohne Wohnungs- und Garagennutzung)	249,71	+ 0,2	+ 5,6	130,3
	nur Heizöl und Kraftstoffe	47,51	+ 0,6	+ 0,7	85,3
1	Wohnungsmieten, Energie	250,29	+ 0,3	+ 4,3	117,3
	Wohnungsmieten		+ 0,2	+ 5,1	128,3
	Haushaltsenergie		+ 0,6	+ 1,6	90,3
	Heizöl		+ 3,5	+ 2,1	58,9
	Feste Brennstoffe (z. B. Kohle)		+ 0,9	+ 1,5	109,9
2	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	109,41	+ 0,4	+ 7,4	136,1
	Dienstleistungen der Versicherungen		+ 0,6	+ 9,9	142,6
3	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	229,89	+ 0,1	+ 1,8	112,8
	Nahrungsmittel zusammen		–	+ 0,6	109,4
	saisonabhängige Nahrungsmittel		– 0,9	– 0,6	87,5
	Frischgemüse		+ 1,2	– 6,1	74,0
	Kopfsalat		+12,1	– 6,0	54,8
	Gurken		+10,0	– 5,4	74,0
	Tomaten		+ 4,5	–11,3	72,5
	Frischfisch		– 1,0	+ 3,3	142,6
	Frischobst		– 1,2	+ 2,8	85,1
	Bananen		+ 4,1	+36,4	118,3
	Äpfel		– 6,6	– 2,6	81,8
	Weintrauben		– 2,9	–12,6	56,9
	Kartoffeln		– 5,6	– 1,1	118,6
	sonstige Nahrungsmittel		+ 0,2	+ 0,8	112,4
	Milch, Eier, Butter, Fette, Öle		+ 0,2	+ 0,3	107,2
	Getränke, Tabakwaren		+ 0,1	+ 2,6	114,7
	Tafelwasser, Fruchtsäfte, Erfrischungsgetränke		+ 1,1	+ 3,0	127,4
	Kaffee		– 0,2	– 1,3	66,0
	Verzehr in Gaststätten und Kantinen		+ 0,1	+ 3,8	122,0
4	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	83,71	+ 0,2	+ 2,5	116,5
	Schnittblumen und Topfpflanzen		+ 2,4	+ 1,5	96,7
5	Bekleidung, Schuhe	69,47	+ 0,2	+ 3,3	119,6
	Damenoberbekleidung		+ 0,2	+ 3,9	121,2
6	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	72,21	+ 0,1	+ 3,1	116,9
7	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	40,99	+ 0,1	+ 4,3	119,7
8	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	144,03	–	+ 3,7	121,0
	Kraftstoffe (Benzin, Diesel)		– 0,2	+ 0,2	99,0

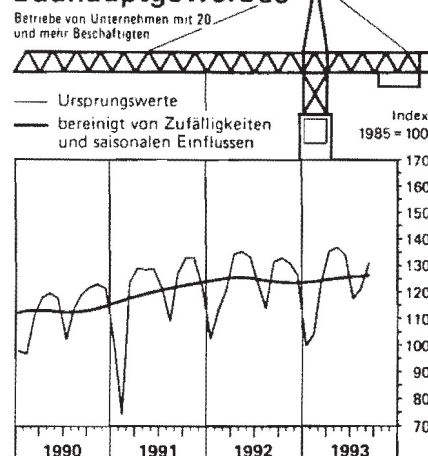
*) Der Einfluß einer jeden Hauptgruppe auf die Gesamtindex-Veränderung wird hier aus dem Produkt der Veränderungsrate gegenüber dem Vormonat und dem Wägungsanteil berechnet: Rang 1 = größter preistreibender (bzw. geringster preisdämpfender) Einfluß; Rang 8 = geringster preistreibender (bzw. größter preisdämpfender) Einfluß – 1) Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst einschl. Südfrüchten, Frischfisch und Blumen

Bauproduktion im September 1993

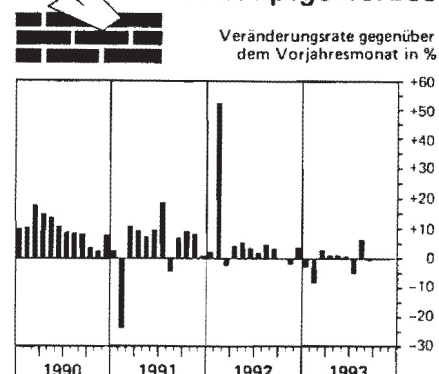
Die Produktion im nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbe lag im September 1993 knapp unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis (–1 %). Dabei erfuhr der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Index der Nettoproduktion im Hochbau eine Zunahme von gut 5 %, im Tiefbau zeigte sich eine Abnahme von knapp 7 %.

Innerhalb des Hochbaus wiesen der Wohnungsbau (+17 %) sowie der öffentliche Hochbau (+3 %) Produktionszuwächse auf, während sich im gewerblichen Hochbau (–1 %) ein leichtes Minus ergab. Im Bereich des Tiefbaus zeigten sich bei allen Sparten Rückgänge.

Nettoproduktion des Bauhauptgewerbes



Nettoproduktion des Bauhauptgewerbes



Dienstleistungsstatistik

Ergebnisse der Piloterhebung 1990

In den letzten Jahren verstärkte sich die Diskussion zum Thema Dienstleistungsstatistik, insbesondere für den Dienstleistungsbereich, der sich mit Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Technischer Planung, Werbung sowie Vermittlung von Arbeitskräften beschäftigt. Während für andere Wirtschaftsbereiche des Dienstleistungssektors, z. B. Handel, Gastgewerbe, Verkehr oder Kredit- und Versicherungsgewerbe, bereits seit Jahren Ergebnisse z. T. sehr umfangreicher statistischer Erhebungen vorliegen, gibt es über die erstgenannten „modernen Dienstleistungen“ kaum Daten aus der amtlichen Statistik.

Vorläufiges Ergebnis dieser Diskussion ist ein Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft zur Schaffung eines Gesetzes über Statistiken im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungstatistikgesetz). Vorgesehen ist eine jährliche Stichprobenerhebung bei Unternehmen, welche zu den anfangs genannten Wirtschaftsbereichen oder Teilen von Verkehr und Nachrichtenübermittlung gehören. In der ab 1995 anzuwendenden neuen statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1) handelt es sich hier um die Abteilungen 63 und 64 sowie 70 bis 74. Die Erhebungsmerkmale umfassen Angaben zur Kennzeichnung des Unternehmens, tätige Personen, Löhne und Gehälter, Umsatz, Einsatz von Waren und Dienstleistungen und schließlich die Investitionen. Der vorgesehene Fragenkatalog orientiert sich somit an den bewährten Statistiken des Produzierenden Gewerbes. Der gesamte Stichprobenumfang soll maximal 20 % aller Unternehmen des genannten Dienstleistungsbereichs in der Bundesrepublik Deutschland einbeziehen.

Der Entwurf des Dienstleistungstatistikgesetzes gründet sich auf die Erfahrungen von zwei Testerhebungen, die in den letzten Jahren in Bund und Ländern durchgeführt wurden. Über die erste aus dem Jahr 1989 wurde bereits berichtet¹⁾, die zweite sollte weitere Erkenntnisse für eine Statistik im Dienstleistungsbereich bringen.

So wurde 1991 von den statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt erneut eine Testerhebung im Dienstleistungssektor durchgeführt. Wie schon 1989 wurden Unternehmen aus Bereichen ausgewählt, die Dienstleistungen sowohl für andere Wirtschaftsunternehmen als auch für private Haushalte zur Verfügung stellen, wobei die erste Absatzgruppe eindeutig das Schwergewicht bildet. Daß diese Testerhebung in den Globalüberlegungen der Europäischen Gemeinschaft für das Konzept einer umfangreichen Dienstleistungstatistik stand, brachte sie auch mit ihrem Namen ICOBS (information, communication and other business services) zum Ausdruck. In Verbindung mit zwei weiteren Testerhebungen in den Bereichen Handel und Sozialökonomie wurde die Pilotstudie ICOBS für das Berichtsjahr 1990 bundesweit durchgeführt, dabei wurde das Beitrittsgebiet nicht mit einbezogen.

Bundesweit wurden 16 954 Unternehmen für die ICOBS-Stichprobenbefragung ausgewählt, welche die Dienstleistungsbereiche Datenverarbeitung, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Marketingtätigkeiten, technische Planung und Beratung, Vermietung beweglicher Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung sowie sonstige Dienstleistungen für Unternehmen repräsentierten. Die Stichprobe beinhaltete 40 Schichten, welche nach den 8 genannten Dienstlei-

Stichprobendesign der EG-Piloterhebung „Dienstleistungen 1990“ nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... Beschäftigten	Angeschriebene Unternehmen	
	insgesamt	darunter mit erfolgter Rückmeldung
1	1 493	222
2 – 10	1 853	414
11 – 99	678	195
100 – 499	191	49
500 und mehr	51	23
Insgesamt	4 266	903

stungsbereichen und nach 5 Beschäftigtengrößenklassen (1, 2 bis 10, 11 bis 99, 100 bis 499, 500 und mehr Beschäftigte) gegliedert waren. Die Besetzungszahlen für jede einzelne Schicht wurden aus den vorliegenden Ergebnissen der 1987 durchgeführten Arbeitsstättenzählung ermittelt. Ebenso wurden die Anschriften der ausgewählten Unternehmen aus dem Adreßmaterial der Arbeitsstättenzählung übernommen. Eine für die Testerhebung aktuellere und bessere Auswahlgrundlage lag in den statistischen Landesämtern nicht vor. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen dabei 4 266 Unternehmen. Die Wirtschaftszweige Rechts- und Wirtschaftsberatung, sonstige Dienstleistungen sowie technische Planung und Beratung waren am häufigsten vertreten. Fast 80 % der ausgewählten Unternehmen beschäftigten höchstens 10 Personen.

Die Erhebungsmerkmale dieser schriftlichen Befragung lehnten sich an die monatlichen und jährlichen Statistiken des Produzierenden Gewerbes an. Rechtsform, Branchenzugehörigkeit, Umsatz, tätige Personen, Personalaufwendungen, Investitionen, Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen sowie Vorräte und Käufe wurden von den Unternehmen erfragt.

Da es sich gemäß § 7 Abs. 2 BStatG um eine Testerhebung ohne Auskunftspflicht handelte, lag die Rück-

¹⁾ Vgl. hierzu: Marré, H.: „Unternehmen und Betriebe des Dienstleistungssektors...“ in: Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 12/1989.

Stichprobendesign der EG-Piloterhebung „Dienstleistungen 1990“ nach Wirtschaftszweigen		
Wirtschaftszweig	Angeschriebene Unternehmen	
	insgesamt	darunter mit erfolgter Rückmeldung
Datenverarbeitung	565	117
Rechts- und Wirtschaftsberatung	890	263
Marketing-Tätigkeiten	537	71
Technische Planung und Beratung	765	200
Vermietung beweglicher Sachen	271	56
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	102	22
Personen- und Objekt- überwachung, Gebäudereinigung	346	68
Sonstige Dienstleistungen	790	106
Insgesamt	4 266	903

laufquote von verwertbaren Erhebungsbelegen in Nordrhein-Westfalen trotz eines Erinnerungsschreibens nur bei 21,2 %. Die spätere Hochrechnung für nordrhein-westfälische Ergebnisse basierte somit auf den Angaben von insgesamt 903 Unternehmen. Obwohl nur für die gesamte Stichprobe eine Fehlerrechnung durchgeführt wurde, um deren Aussagekraft für die hochgerechneten Bundesergebnisse zu belegen, konnten auch für das Bundesland Nordrhein-Westfalen Eckdaten ermittelt werden, die Aufschlüsse über die zukünftige Dienstleistungsstatistik geben. Das beste Antwortverhalten zeigten die Unternehmen der Dienstleistungsbereiche Rechts- und Wirtschaftsberatung (29,6 %) sowie technische Planung und Beratung (26,1 %). Die großen Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten beteiligten sich relativ am besten an der Testerhebung (45,1 %), mit Abstand folgten die Unternehmen mit 11 bis unter 100 Beschäftigten (28,8 %).

Sowohl für die Bundesrepublik Deutschland (alte Länder) als auch für Nordrhein-Westfalen wurden aus den Daten der Stichprobe Ergebnisse für den gesamten abzubildenden Bereich des Dienstleistungssektors hochgerechnet. Da diese hochgerechneten Ergebnisse aus mehreren Gründen mit Unsicherheiten behaftet sind

(Auswahlgrundlage datiert von 1987, geringe Rücklaufquote), soll hier nur eine globale Betrachtung vorgenommen und auf Detailergebnisse verzichtet werden.

Gemessen an der hochgerechneten Zahl der Unternehmen war 1990 in Nordrhein-Westfalen die Rechts- und Wirtschaftsberatung am häufigsten anzutreffen. 43,0 % aller Unternehmen, die in dem von der Piloterhebung untersuchten Dienstleistungsbereich vertreten waren, gehörten zu diesen Berufsständen. Die Unternehmen der technischen Beratung und Planung folgten bereits mit Abstand. Ihr Anteil lag bei 26,6 %. Die übrigen Wirtschaftsbereiche der Teststichprobe wiesen Anteile von weniger als 10 % auf.

In der Rechts- und Wirtschaftsberatung war ein knappes Viertel aller tätigen Personen beschäftigt, bei Unternehmen der technischen Planung und Beratung 13,0 %. Der Wirtschaftsbereich Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung wies einen Beschäftigtenanteil von sogar 40,4 % auf. Dieser hohe Anteil ist auf die Vielzahl von Teilzeitkräften in der Gebäudereinigung zurückzuführen. Zwei Drittel aller Teilzeitbeschäftigten des untersuchten Dienstleistungsbereichs waren in den Wirtschaftszweigen Personen- und Objektüberwachung sowie Gebäudereinigung tätig. Bei den übrigen Wirtschaftszweigen lagen die Beschäftigtenanteile unter 10 %. Der hohe Anteil von Teilzeitbeschäftigten bei den Unternehmen der Personen- und Objektüberwachung sowie Gebäudereinigung wirkte sich auch dämpfend auf das Volumen der Löhne und Gehälter aus. Der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs an den gesamten Löhnen und Gehältern betrug daher nur 15,0 %. Rechts- und Wirtschaftsberatung (27,4 %) sowie technische Planung und Beratung (20,0 %) lagen darüber. Die Unternehmen der Datenverarbeitung wiesen einen Anteil von 11,8 % auf, alle übrigen Wirtschaftsbereiche blieben unter 10 %.

Die in der Rubrik „Sonstige Dienstleistungen“ zusammengefaßten Unternehmen, besaßen einen Umsatzanteil

Unternehmen, Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Umsatz sowie Investitionen ausgewählter Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs 1990 %						
Wirtschaftszweig	Unter- nehmen	Be- schäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Löhne und Gehälter	Umsatz	Investi- tionen
Datenverarbeitung	6,7	5,5	2,2	11,8	8,8	6,7
Rechts- und Wirtschaftsberatung	43,0	23,5	15,4	27,4	19,7	7,0
Marketing-Tätigkeiten	8,2	4,4	2,5	7,0	13,2	2,3
Technische Planung und Beratung	26,6	13,0	5,9	20,0	14,2	6,8
Vermietung beweglicher Sachen	3,5	2,6	0,9	4,5	12,2	64,9
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	0,6	4,6	0,3	6,8	2,1	0,3
Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung	5,3	40,4	67,7	15,0	8,4	1,6
Sonstige Dienstleistungen	6,2	6,0	5,2	7,5	21,4	10,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

von 21,4 %. Es folgte die Rechts- und Wirtschaftsberatung mit 19,7 %, technische Planung und Beratung (14,2 %), Marketing (13,2 %) und Vermietung beweglicher Sachen (12,2 %) wiesen gleichfalls nennenswerte Umsatzanteile auf.

Fast zwei Drittel aller im untersuchten Dienstleistungsbereich getätigten Investitionen entfielen auf den Wirtschaftsbereich Vermietung von beweglichen Sachen. Die im Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ zusammengefaßten Unternehmen besaßen insgesamt einen Anteil an den Investitionen von einem Zehntel. Alle übrigen Wirtschaftszweige hatten Anteile von weniger als 10 %.

Die Ergebnisse der Piloterhebung ermöglichen Aussagen über die Struktur des untersuchten Dienstleistungsbereichs. Die Unternehmen wiesen eine mittlere Betriebsgröße von 12 tätigen Personen auf und waren damit im Vergleich zum durchschnittlichen nordrhein-westfälischen Handwerksbetrieb etwas größer. Die Unternehmen der Rechts- und Wirtschaftsberatung, des Marketings und der technischen Planung und Beratung waren im Durchschnitt nur etwa halb so groß. Die Branchen der Arbeitskräftevermittlung sowie des Bereichs „Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung“ beschäftigten dagegen durchschnittlich gut 90 Personen.

Im untersuchten Dienstleistungsbe- reich besitzt die Teilzeitbeschäftigung einen bedeutenden Umfang, denn 43,4 % aller Beschäftigten arbeiteten mit verringerter Stundenzahl. Insbesondere in den Wirtschaftszweigen „Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung“ gehörte die Teilzeitbeschäftigung eher zur Regel als zur Ausnahme, wie durch den Anteil von 72,7 % belegt wird. Teilzeitbeschäftigung im Dienstleistungsbe- reich wird jedoch sehr unterschiedlich praktiziert. Bei den Unternehmen der

Struktur ausgewählter Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs 1990						
Wirtschaftszweig	Beschäftigte je Unternehmen	Anteil Teilzeitbeschäftigter an Gesamtbeschäftigten	Löhne und Gehälter je Beschäftigten	Umsatz je Beschäftigten	Investitionen im Verhältnis zum Umsatz	Löhne und Gehälter im Verhältnis zum Umsatz
	Anzahl	%	DM		%	
Datenverarbeitung	10	17,3	55 600	143 600	8,3	38,7
Rechts- und Wirtschaftsberatung	7	28,5	30 000	74 800	3,9	40,1
Marketing-Tätigkeiten	7	24,0	40 400	264 700	1,9	15,3
Technische Planung und Beratung	6	19,9	39 700	97 600	5,2	40,7
Vermietung beweglicher Sachen	9	14,8	45 700	425 300	58,0	10,7
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	94	2,5	38 200	40 600	1,5	94,1
Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung	91	72,7	9 600	18 700	2,1	50,2
Sonstige Dienstleistungen	12	37,4	32 000	318 000	5,3	10,0
Insgesamt	12	43,4	25 800	89 400	10,9	28,8

Sparte „Sonstige Dienstleistungen“ arbeiteten mehr als ein Drittel in Teilzeitbeschäftigung, in der Rechts- und Wirtschaftsberatung waren es 28,5 % und in den Unternehmen mit Marketingtätigkeiten immerhin noch ein knappes Viertel. In dem Wirtschaftszweig „Vermietung beweglicher Sachen“ ging etwa jeder siebte einer Teilzeitbeschäftigung nach. Dagegen gab es diese Beschäftigungsform im Wirtschaftszweig „Vermittlung von Arbeitskräften“ bei nur 2,5 % der Beschäftigten. Der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigten im Wirtschaftszweig „Gebäudereinigung, Personen- und Objektüberwachung“ reduziert natürlich die Höhe der Löhne und Gehälter je Beschäftigten. Das durchschnittliche Entgelt blieb 1990 in diesem Wirtschaftsbereich unter 10 000 DM. Dieser niedrige Wert beeinflusste auch den Durchschnitt des gesamten beobachteten Dienstleistungsbereichs: Der Durchschnittswert von 25 800 DM je Beschäftigten wurde in allen anderen Wirtschaftsbereichen übertroffen. An der Spitze stand dabei der EDV-Sektor mit rund 55 600 DM Lohn bzw. Gehalt je Beschäftigten. In den Unternehmen, die bewegliche Sachen vermieten, wurden bereits durchschnittlich 10 000 DM weniger ausgezahlt (45 700 DM). Die Beschäftigten der Marketing-Unternehmen verdienten

rund 40 000 DM, die Beschäftigten der Branchen „Technische Planung und Beratung“ sowie „Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften“ blieben etwas darunter. In der Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie bei den Unternehmen der sonstigen Dienstleistungen wurde mit durchschnittlich 30 000 DM bzw. 32 000 DM bereits wesentlich weniger verdient.

Eine sehr starke Differenzierung im Dienstleistungsbereich wurde für den Umsatz je Beschäftigten festgestellt. Fast 90 000 DM je Beschäftigten waren es im Durchschnitt aller hochgerechneten Unternehmen. Erhebliche Abweichungen nach oben gab es im Wirtschaftszweig „Vermietung von beweglichen Sachen“ mit 425 000 DM je Beschäftigten. Einen hohen Wert erzielten auch die Unternehmen der Rubrik „Sonstige Dienstleistungen“ mit 318 000 DM. Überdurchschnittlich waren noch die Umsatzzahlen in den Bereichen Marketing (265 000 DM) und EDV (144 000 DM). Dagegen fielen die Umsätze je Beschäftigten in den Wirtschaftszweigen „Personen- und Objektschutz, Gebäudereinigung“ (19 000 DM) und „Vermittlung von Arbeitskräften“ (41 000 DM) sehr niedrig aus. Unterdurchschnittlich waren die Umsätze je Beschäftigten in der Rechts- und Wirtschaftsberatung

(75 000 DM) und etwas über dem Durchschnitt in den Unternehmen der technischen Planung und Beratung mit 98 000 DM.

Die vorgestellten Ergebnisse Umsatz je Beschäftigten sowie Löhne und Gehälter geben auch Aufschluß über das Verhältnis Umsatz zum gezahlten Entgelt in den verschiedenen Wirtschaftszweigen des beobachteten Dienstleistungssektors. In dem Wirtschaftszweig „Vermittlung von Arbeitskräften“ wird die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens direkt von den tätigen Personen erbracht; so betrug dann auch die Relation Löhne und Gehälter zum Umsatz mehr als 90 %. Desgleichen trägt die menschliche Arbeitskraft in den Wirtschaftszweigen Personen- und Objektüberwachung, Gebäudereinigung einen bedeutenden Anteil an der wirtschaftlichen Aktivität des Unternehmens, denn in diesen Wirtschaftsbereichen betrug das Verhältnis etwa 50 %. Ganz anders sah die Relation Löhne und Gehälter zum Umsatz in den Unternehmen der Gruppe „Sonstige Dienstleistungen“ und Vermietung von Sachanlagen aus. In diesen beiden Wirtschaftszweigen betrug das Verhältnis nur etwa 10 %. Auch im Marketing wurde der Umsatz nicht über hohe Personalkosten erzielt. Die Quote Entgelt zum Umsatz lag für den gesamten untersuchten Dienstleistungsbereich bei knapp 30 %, während vergleichsweise im Verarbeiten des Gewerbes einschließlich Bergbau diese Quote mit gut 20 % geringer ausfällt.

Das Verhältnis Investitionen zum Umsatz betrug im beobachteten Dienstleistungsbereich im Durchschnitt 10,9 %. Von einer Ausnahme abgesehen blieb diese Relation in allen Wirtschaftszweigen sogar unter 10 %. Dies entspricht auch den bekannten Werten aus den Wirtschaftsstatistiken des Produzierenden Gewerbes. Nur bei der Vermietung von beweglichen Gütern ragte diese

Kennziffer mit 58,0 % weit überdurchschnittlich hervor, was aber nicht erstaunt, da die Wirtschaftsgüter vor der Vermietung erst angeschafft werden müssen.

Die Stichprobe wurde sowohl nach Wirtschaftszweigen als auch nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtet, so daß Ergebnisse auch für die unterschiedlichen Unternehmensgrößen anfallen. Die Aufgliederung erfolgt nach der Zahl der Arbeitnehmer. Ein Viertel aller beobachteten Unternehmen beschäftigte keine Arbeitnehmer. Diese nur von einem oder mehreren Inhabern geführten Unternehmen besaßen nur einen sehr geringen Anteil am ökonomischen Volumen des untersuchten Dienstleistungssektors, wie die geringen Anteilswerte zur Beschäftigung, zum Umsatz oder zur Investitionssumme belegen.

Trotzdem sind die kleinen und Kleinstunternehmen im Dienstleistungssektor beachtenswert, denn immerhin 86,9 % aller 1990 beobachteten Unternehmen beschäftigten bis zu 9 Arbeitnehmer. Zusammen stellten sie sowohl bei den Beschäftigten als auch beim Umsatz Anteile von jeweils etwa einem Viertel. An der gesamten Lohn- und Gehaltssumme wiesen sie einen Anteil von einem guten Fünftel auf. Mehr als die Hälfte aller Investitionen des untersuchten Dienstleistungsbereichs wurden von diesen kleinen Unternehmen vorgenommen.

Die Hälfte des hochgerechneten Umsatzes, der in der Piloterhebung 1990 vertretenen Dienstleistungsbereiche wurde von Unternehmen erwirtschaftet, die zwischen 10 und 99 Arbeitnehmern beschäftigten. Obgleich diese Größenklasse nur einen Anteil an allen Unternehmen von einem guten Zehntel hatte, war ein Viertel aller tätigen Personen in den Unternehmen dieser Größenklassen beschäftigt, und rund 40 % der gesamten Löhne und Gehälter im Dienstleistungsbereich entfielen auf diese Unternehmen mit 10 bis 99 Arbeitnehmern. Trotz des hohen Umsatzanteils investierten die Unternehmen dieser Größenordnung relativ wenig, wie die rund 18 Prozent am gesamten Investitionsvolumen belegen. 15 % aller Teilzeitbeschäftigten waren in den Unternehmen mit 10 bis 99 Arbeitnehmern tätig.

Größere Unternehmen spielen im Dienstleistungssektor nur eine untergeordnete Rolle. Nur etwa jedes hundertste Unternehmen beschäftigte 100 oder mehr Arbeitnehmer. Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten sind in den Wirtschaftszweigen des untersuchten Dienstleistungssektors nur noch in geringer Anzahl vertreten. Doch fast die Hälfte aller Beschäftigten war in diesen großen Unternehmen tätig. Diese beschäftigungsreichen Unternehmen waren überwiegend in den Wirtschaftszweigen Personen- und Objektüberwachung sowie Gebäudereinigung zu

**Unternehmen, Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Investitionen
ausgewählter Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs 1990
nach Arbeitnehmergrößenklassen
%**

Unternehmen mit ... Arbeitnehmern	Unter- nehmen	Be- schäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Löhne und Gehälter	Umsatz	Investi- tionen
0	25,2	2,8	0,1	0,4	1,7	2,6
1 - 9	61,7	24,5	17,7	21,8	26,3	54,5
10 - 99	11,8	24,5	15,0	39,5	50,9	17,9
100 - 499	1,0	20,1	21,7	21,9	14,7	21,6
500 und mehr	0,3	28,2	45,4	16,4	6,5	3,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

finden, die wiederum eine hohe Zahl von Teilzeitbeschäftigten in der Belegschaft haben. Etwa zwei Drittel aller Teilzeitbeschäftigten waren in den beschäftigungsreichsten Unternehmen tätig. Obwohl der Beschäftigtenanteil relativ hoch ist, vereinigen die großen Unternehmen nur etwa ein Fünftel des gesamten Umsatzvolumens auf sich. Gemessen am gesamten Investitionsvolumen ist die Bedeutung der großen Unternehmen noch geringer, da nur etwa ein Viertel auf diese Größenklasse entfiel.

Auch für die nach Arbeitnehmerzahl gegliederten Unternehmensgrößenklassen lassen sich Strukturzahlen aus den Ergebnissen der Piloterhebung ermitteln. Unternehmen ohne Arbeitnehmer, d. h. nur mit Inhaber und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, wiesen für 1990 einen Umsatz je Beschäftigten von rund 52 000 DM aus. Löhne und Gehälter lagen bei rund 3 600 DM. Nennenswert ist noch mit 17 % das Verhältnis Investitionen zum Umsatz. Die Unternehmen mit 1 bis 9 Arbeitnehmern erwirtschafteten bereits einen jährlichen Umsatz je Beschäftigten von rund 96 000 DM. Diese Unternehmen wiesen im Mittel etwa 5 Beschäftigte auf, von denen ein knappes Drittel teilzeitbeschäftigt war. Das Verhältnis Investitionen zum Umsatz betrug bei den Unternehmen dieser Größenklasse 22,6 %. Die Löhne und Gehälter lagen 1990 bei rund 23 000 DM je Beschäftigten.

Die Unternehmen mit 10 bis 99 Arbeitnehmern beschäftigten durchschnittlich etwa 25 Personen, von denen etwa ein Viertel im Teilzeitmodus arbeitete. In dieser Unternehmensgruppe wurde der höchste Umsatz je Beschäftigten mit 186 000 DM erwirtschaftet, doch das Verhältnis Investitionen zum Umsatz betrug nur 3,8 %. Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter lagen mit rund 41 600 DM je Beschäftigten erheblich über dem Gesamtdurchschnitt und waren die höchsten von

Struktur ausgewählter Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs 1990 nach Arbeitnehmergrößenklassen

Unternehmen mit ... Arbeitnehmern	Beschäftigte je Unternehmen	Anteil Teilzeitbeschäftigter an Gesamtbeschäftigten	Löhne und Gehälter je Beschäftigten	Umsatz je Beschäftigten	Investitionen im Verhältnis zum Umsatz	Löhne und Gehälter im Verhältnis zum Umsatz
	Anzahl	%	DM		%	
0	1	2,2	3 600	52 300	17,0	68,1
1 – 9	5	31,5	23 000	96 000	22,6	24,0
10 – 99	25	26,6	41 600	186 000	3,8	22,4
100 – 499	235	47,1	28 200	65 400	16,0	43,1
500 und mehr	1 247	70,1	15 000	20 600	5,8	77,0
Insgesamt	12	43,4	25 800	89 400	10,9	28,8

allen Größenklassen. Mit nur 22,4 % war das Verhältnis der Löhne und Gehälter gemessen am Umsatz in dieser Betriebsgrößenklasse am niedrigsten.

Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten können im Dienstleistungsbereich bereits als große Unternehmen angesehen werden. Die Unternehmen mit 100 bis 499 Arbeitnehmern wiesen einen unterdurchschnittlichen Umsatz je Beschäftigten auf (65 400 DM). Die hohe Quote der Teilzeitbeschäftigung (47,1 %) mag hierfür mit ausschlaggebend sein. So lagen auch die Löhne und Gehälter je Beschäftigten nur bei rund 28 200 DM. Die personalintensive Arbeit der beschäftigungsreichen Dienstleistungsunternehmen spiegelt sich auch in der Kennziffer Löhne und Gehälter gemessen am Umsatz wieder, welche mit 43,1 % einen beachtlichen Wert aufweist. Ein noch höherer Wert, nämlich 77,0 %, wurde bei den Unternehmen mit 500 und mehr Arbeitnehmern in der Piloterhebung errechnet. Zugleich liegt auch hier die höchste Quote der Teilzeitbeschäftigung vor. Mehr als zwei Drittel (70,1 %) der Beschäftigten waren teilzeitbeschäftigt. Deshalb sollte die Zahl von durchschnittlich 1 247 Arbeitnehmern je Unternehmen in dieser Größenklasse nicht überbewertet werden. Löhne und Gehälter je Beschäftigten lagen mit etwa 15 000 DM

auch auf einem sehr niedrigen Niveau. Mit einem durchschnittlichen Umsatz von nur 20 000 DM rangieren die Großunternehmen im Dienstleistungssektor weit unten und unterscheiden sich in diesem wirtschaftlich bedeutenden Punkt erheblich von den gleich großen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes.

Die vorliegenden Ergebnisse der EG-Piloterhebung 1990 zeigen bereits, daß der Dienstleistungssektor in Nordrhein-Westfalen ein sehr heterogen differenzierter Wirtschaftsbereich ist, der einer regelmäßigen statistischen Durchleuchtung bedarf. Mit dem vorliegenden Referentenentwurf für eine Dienstleistungsstatistik sind die Erfahrungen aus den vorangegangenen Piloterhebungen in eine erste juristische Form gekleidet worden, die nun vom Gesetzgeber verabschiedet werden muß, damit die amtliche Statistik dieses Gesetz inhaltlich ausfüllen kann.

Die Auswertung der dann vorliegenden jährlichen Erhebungen in dem beobachteten Teil des Dienstleistungsbereichs wird zeigen, wie die ökonomische Entwicklung in diesem Sektor der Volkswirtschaft verläuft und ob der vielbeschriebene Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft sich fortsetzt oder Anpassungsprobleme auftreten.

Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	17 423	17 597
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	9 274	9 242
3	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,4	6,3
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	16 536	16 408
5	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,4	11,2
6	Totgeborene	je 1 000 Geborene	3,5	3,8
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	16 067	15 734
8	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,1	10,7
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	125	114
10	je 1 000 Lebendgeborene		7,5	7,0
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (–)	Anzahl	+469	+714
12	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		+0,3	+0,5
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	33 571	35 492
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	20 688	22 058
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (–)	"	+12 883	+13 434
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	38 827	40 879
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	560	584
18	* darunter Männer	"	301	322
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	1 848	1 823p
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	495	478p
21	* Schweine	"	5 675	5 834p
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 186	2 265p
23	* Zuchtsauen	"	579	605p
24	* darunter trächtig	"	391	410p
Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft				
25	* Rinder	1 000 St.	98	83
26	* Kälber	"	16	15
27	* Schweine	"	983	926
28	* darunter Hausschlachtungen	"	5	5
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	120	112
30	* darunter Rinder	"	30	26
31	* Kälber	"	2	2
32	* Schweine	"	88	84
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch	1 000	933	850
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch	"	3 753	3 290
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	4 544	4 274
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	227	222
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95,8	95,7
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,6	14,9p
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	125	122
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	116	112
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	2 038	1 983
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 408	1 355
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	187 377	180 564
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	5 345	5 430
45	* Gehälter (brutto)	"	3 811	4 014
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	43 201	43 324
47	* darunter Auslandsatz	"	11 218	11 180

1) Bei den Werten des Jahres 1991 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1992			1993				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
17 585	17 604	17 622	1
11 917	11 926	10 948	2
8,3	8,0	7,3	3
16 280	17 603	17 246	4
11,3	11,8	11,6	5
4,5	3,5	4,2	6
14 687	15 176	14 956	7
10,2	10,2	10,0	8
99	96	109	9
6,1	5,5	6,3	10
+1 593	+2 427	+2 290	11
+1,1	+1,6	+1,5	12
36 064	39 825	39 284	13
20 197	23 738	23 580	14
+15 867	+16 087	+15 704	15
39 463	44 002	41 835	16
557	592	593	680	683	725	718	17
306	323	323	388	389	413	409	18
1 870	.	.	.	1 787	.	.	19
479	.	.	.	458	.	.	20
.	.	6 080	.	.	.	6 054	21
.	.	2 280	.	.	.	2 324	22
.	.	600	.	.	.	581	23
.	.	401	.	.	.	392	24
76	81	78	61	70	63	68	25
16	15	15	15	15	14	12	26
924	925	894	908	973	930	933	27
2	2	2	3	2	2	2	28
110	111	108	105	114	107	109	29
24	26	25	20	23	20	22	30
2	2	2	2	2	2	2	31
83	83	81	83	89	85	85	32
565	534	822	941	754	477	803	33
3 191	3 488	3 489	1 951	1 831	1 628	1 629	34
4 021	4 091	3 949	3 083	3 460	3 104	3 230	35
242	233	222	255	239	239	233	36
96,8	96,5	95,9	97,1	97,1	97,0	96,4	37
16,3	15,7	15,0	17,2	16,7	16,8	16,4	38
124	121	107	108	113	107	106	39
120	105	96	112	112	94	95	40
1 987	1 990	1 987	1 854	1 846	1 838	1 832	41
1 360	1 365	1 360	1 247	1 242	1 236	1 231	42
179 363	183 168	165 295	156 468	160 990	152 259	153 010	43
5 538	5 529	5 440	4 878	5 073	5 005	4 957	44
4 163	3 970	3 822	3 897	4 118	3 832	3 705	45
44 119	43 591	37 605	38 871	41 981	38 235	37 443	46
11 821	11 177	8 867	10 224	11 082	9 442	9 232	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1991 bzw. 1992: Viehbestand am 3. Dezember 1991 bzw. 3. Dezember 1992 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – 10) Betriebe von

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	1 907	1 778
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	1 006	929
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	273	199
4	* Erd- und Erdölgas	"	732	730
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	385	362
6	* leichtes Heizöl	"	147	122
7	* schweres Heizöl	"	238	240
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 647	6 468
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 837	2 737
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	80	77
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	126	119
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	100	93
13	geleistete Arbeiterstunden	"	11 121	10 708
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	412	421
15	Gehälter (brutto)	"	192	203
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	1 729	1 682
17	darunter Auslandsumsatz	"	89	62
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	100	96
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	107	105
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	494	477
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	320	306
22	geleistete Arbeiterstunden	"	42 853	41 006
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 338	1 337
24	Gehälter (brutto)	"	1 154	1 195
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 815	13 519
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 084	3 948
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	145	143
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	127	119
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	936	914
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	641	619
31	geleistete Arbeiterstunden	"	85 749	82 796
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	2 422	2 464
33	Gehälter (brutto)	"	1 776	1 884
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	17 178	17 397
35	darunter Auslandsumsatz	"	5 434	5 541
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	142	141
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	124	120
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	362	354
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	268	259
40	geleistete Arbeiterstunden	"	35 898	34 556
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	920	942
42	Gehälter (brutto)	"	503	536
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	6 652	6 684
44	darunter Auslandsumsatz	"	1 362	1 337
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	132	129
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	120	119
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	79	78
48	geleistete Arbeiterstunden	"	11 755	11 498
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	254	266
50	Gehälter (brutto)	"	185	196
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	3 827	4 041
52	darunter Auslandsumsatz	"	249	293
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	98,0	99,4
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	190,9	205,4

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1992			1993			Lfd. Nr.	
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli		August
5 253	.	.	.	4 874	.	.	1
2 662	.	.	.	2 670	.	.	2
594	.	.	.	610	.	.	3
2 066	.	.	.	2 061	.	.	4
1 042	.	.	.	1 040	.	.	5
347	.	.	.	284	.	.	6
695	.	.	.	756	.	.	7
6 377	6 597	6 143	5 978	6 103	5 996	5 940	8
2 520	2 745	2 546	2 678	2 369	2 530	2 485	9
78	75	70	71	64	61	66	10
119	118	117	111	110	109	109	11
93	93	92	86	86	86	85	12
10 164	11 152	9 745	8 945	8 805	8 755	9 187	13
391	415	386	380	343	367	361	14
187	196	205	195	172	177	170	15
1 421	1 460	1 337	1 561	1 567	1 399	1 383	16
52	53	54	49	44	35	40	17
100	97	86	83	95	89	82	18
110	103	98	105	107	98	96	19
478	478	476	447	445	442	439	20
307	308	306	284	282	280	277	21
40 797	41 979	38 102	35 844	36 460	35 003	34 450	22
1 362	1 310	1 296	1 220	1 245	1 188	1 171	23
1 155	1 134	1 094	1 149	1 150	1 093	1 048	24
14 058	13 661	12 433	12 208	13 175	12 279	11 897	25
4 172	3 954	3 320	3 544	3 938	3 625	3 381	26
147	142	117	130	128	120	116	27
133	110	92	119	119	93	93	28
916	918	916r	848	843	838	835	29
621	624	622	563	559	556	554	30
82 943	84 115	75 057	70 502	72 736	68 778	67 918	31
2 546	2 570	2 590	2 159	2 283	2 299	2 290	32
2 063	1 919	1 836	1 806	2 016	1 847	1 790	33
17 933	17 543	13 988	15 415	16 598	14 660	13 937	34
5 961	5 422	3 972	5 250	5 529	4 272	4 243	35
129	134	135	121	129	124	145	36
125	104	100	120	119	95	104	37
355	355	355	334	333	332	332	38
260	260	260	241	240	239	239	39
34 267	34 040	30 862	30 937	32 275	28 882	30 551	40
975	970	906	856	936	897	877	41
568	532	504	537	581	527	512	42
6 427	6 646	5 970	5 826	6 450	5 952	6 336	43
1 291	1 398	1 220	1 097	1 263	1 205	1 272	44
140	124	125	139	136	121	123	45
119	121	122	114	115	117	118	46
78	80	81	73	74	76	76	47
11 192	11 882	11 529	10 240	10 714	10 841	10 904	48
264	264	261	263	266	254	258	49
190	189	182	210	200	188	186	50
4 279	4 281	3 876	3 861	4 192	3 945	3 891	51
345	351	301	284	309	304	295	52
98,3	.	.	.	97,4	.	.	53
201,4	.	.	.	194,7	.	.	54

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 860	11 806
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	10 594	10 500
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 762	1 707
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	241 850	240 849
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 167	25 574
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	8 216	8 484
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	9 879	9 923
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 072	7 167
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	719,3	762,8
10	* Gehälter (brutto)	"	197,2	218,0
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 879,6	3 162,5
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 577	2 776
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 169	2 327
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 052	3 339
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	1 058 450	1 230 027
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	529	579
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	443	401
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 142	3 056
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	593 573	678 137
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	489	484
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 701	7 280
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	133,7	132,4
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	122,6	112,6
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	123,2	125,6
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	150,6	158,0
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	124,8	115,7
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	161,1	167,7
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	139,2	149,1
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	149,8	147,8
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	171,8	173,6
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	123,1	124,0
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	123,5	120,0
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	107,2	100,8
34	Fertigwaren	"	139,6	139,0
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	119,8	124,6
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	153,8	165,5
37	Gaststättengewerbe	"	108,4	111,4
38	Kantinen	"	143,2	144,7
Warenverkehr mit den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	186 919	201 020
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	944 214	1 342 595
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	12 848,0	12 934,3
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	459,2	472,5
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	12 388,7	12 461,8
44	* davon Rohstoffe	"	182,3	166,8
45	* Halbwaren	"	848,8	829,8
46	* Fertigwaren	"	11 357,7	11 465,3
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 213,0	3 114,5
48	* Enderzeugnisse	"	8 144,7	8 345,8
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 530,1	1 565,9
50	Dänemark	"	217,8	227,6
51	Frankreich	"	1 384,2	1 401,2
52	Griechenland	"	103,7	114,6
53	Großbritannien	"	1 086,2	1 047,0
54	Italien	"	1 040,6	1 031,9
55	Niederlande	"	1 505,4	1 487,8
56	Portugal	"	136,5	116,1
57	Republik Irland	"	59,7	58,9
58	Spanien	"	501,0	504,3

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat; vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1992			1993				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
10 567	10 547	10 118	10 924	10 590	9 843	9 596	1
9 392	9 718	8 634	9 554	9 433	9 224	...	2
1 574	1 828	1 649	1 733	1 461	1 605	1 674	3
240 563	242 221	243 347	234 657	234 881	234 989	...	4
26 753	28 389	23 570	25 214	27 224	24 993	...	5
9 120	9 455	7 453	7 146	9 891	8 885	...	6
10 075	10 868	9 537	9 055	9 851	9 351	...	7
7 560	8 066	6 580	7 013	7 482	6 757	...	8
751,4	796,0	748,9	721,7	757,5	765,5	...	9
223,1	233,0	214,1	220,2	242,4	233,5	...	10
3 228,6	3 409,6	3 129,1	2 953,9	3 332,6	3 305,7	...	11
3 112	3 229	2 851	3 203	4 406	3 021	3 445	12
2 654	2 783	2 349	2 657	3 557	2 473	2 904	13
3 782	3 653	3 497	3 827	5 593	3 778	4 029	14
1 383 153	1 335 891	1 291 201	1 468 875	2 101 250	1 464 564	1 546 032	15
639	626	612	671	967	667	701	16
424	463	407	344	430	368	386	17
2 844	3 371	2 918	2 605	3 000	2 628	2 099	18
657 420	844 091	629 209	549 843	723 421	601 954	564 117	19
473	553	504	415	480	412	374	20
8 049	7 992	7 747	8 356	11 942	8 231	8 482	21
125,9	134,0	113,9	122,4	124,4	129,7	117,3	22
112,2	114,0	102,9	108,5	109,8	110,6	103,1	23
103,7	117,1	99,0	116,9	108,6	123,8	111,6	24
141,5	152,4	127,0	154,8	159,9	161,6	141,5	25
94,7	105,3	99,4	92,6	97,7	104,2	100,4	26
142,7	148,7	165,0	140,8	145,9	160,2	168,2	27
148,4	157,0	137,6	132,6	139,6	143,2	134,6	28
149,8	153,4	137,6	148,8	146,9	145,5	138,0	29
185,4	187,9	133,9	158,4	169,2	164,7	139,9	30
111,2	126,9	112,7	111,3	112,2	124,9	111,6	31
122,1	121,1	109,1	111,9	119,7	113,7	112,8	32
105,9	102,8	94,9	94,1	101,3	95,9	93,8	33
138,3	139,2	123,1	129,7	138,0	131,3	131,7	34
120,8	118,8	113,8	135,0	138,0	122,4	129,0	35
149,9	139,0	141,0	185,3	166,3	136,3	151,9	36
111,1	111,0	105,8	119,6	128,6	117,3	122,1	37
140,8	150,2	110,3	147,3	157,6	139,1	133,8	38
184 383	200 215	224 264	39
1 428 677	1 599 253	1 329 828	40
12 198,8	14 322,5	10 997,6	41
493,0	519,2	482,7	42
11 705,8	13 803,3	10 514,8	43
142,9	153,2	157,3	44
772,7	887,3	757,0	45
10 790,1	12 762,8	9 600,6	46
3 025,8	3 345,6	2 732,3	47
7 764,3	9 417,2	6 868,3	48
1 483,3	1 504,7	1 198,1	49
194,6	233,3	228,6	50
1 297,3	1 606,9	1 023,2	51
118,5	140,0	96,2	52
1 044,8	1 164,4	994,5	53
1 059,8	1 285,5	619,1	54
1 367,5	1 638,8	1 264,8	55
116,1	128,6	108,9	56
48,5	77,9	63,1	57
500,2	585,8	368,8	58

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Handel und Gastgewerbe			
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	7 565,1	7 555,3
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 725,9	1 707,4
3	übrige Länder	"	3 556,9	3 671,6
	Fremdenverkehr¹⁾			
4	* Gästeankünfte	1 000	974	989
5	* darunter von Auslandsgästen	"	169	167
6	* Gästeübernachtungen	"	2 962	3 019
7	* darunter von Auslandsgästen	"	415	413
	Verkehr			
	Binnenschifffahrt			
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 288	10 061
9	* davon Gütereingang	"	5 952	5 821
10	* Güterversand	"	4 336	4 240
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 493	11 221
12	davon Bergverkehr	"	7 706	7 482
13	Talverkehr	"	3 787	3 739
	Kraftfahrzeuge			
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	79 888	73 709
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	71 800	65 470
16	Lastkraftwagen	"	3 849	3 438
17	Krafträder einschl. Kraftröllern und Leichtkrafträdern	"	2 865	3 518
	Straßenverkehrsunfälle			
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	43 749	44 067
19	* davon mit Personenschaden	"	6 509	6 735
20	mit nur Sachschaden	"	37 240	37 332
21	* getötete Personen	"	118	115
22	* verletzte Personen	"	8 312	8 571
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 070	2 063
	Deutsche Bundesbahn³⁾			
24	Güterempfang	1 000 t	(6 602)	(5 683)
25	Güterversand	"	(7 791)	(6 591)
	Deutsche Bundespost⁴⁾			
26	Briefsendungen	Mill.	266	277
27	Paketsendungen	1 000	5 286	6 808
	Geld und Kredit			
	Kredite und Einlagen⁵⁾			
28	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	566 516	586 811
29	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	553 258	572 362
30	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	112 606	118 156
31	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	111 217	116 044
32	* an öffentliche Haushalte	"	1 389	2 112
33	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	48 881	49 617
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	40 832	43 237
35	* an öffentliche Haushalte	"	8 049	6 380
36	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	393 004	406 587
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	324 083	330 199
38	* an öffentliche Haushalte	"	68 921	76 388
39	durchlaufende Kredite	"	12 025	12 451
40	an Unternehmen und Privatpersonen	"	9 934	10 228
41	an öffentliche Haushalte	"	2 091	2 223

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Belastungen auf Sparkonten).

1992			1993				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
7 230,6	8 366,0	5 965,5	1
1 512,7	1 899,0	1 611,5	2
3 455,6	4 057,5	3 420,6	3
1 057	949	909	1 137	1 089	868	916	4
170	189	198	186	172	167	181	5
3 213	3 286	3 277	3 454	3 246	3 101	3 203	6
393	486	522	474	411	436	484	7
10 369	9 772	8 976	8
5 917	5 716	5 359	9
4 452	4 056	3 617	10
11 110	12 057	9 893	11
7 569	7 767	6 477	12
3 541	4 290	3 416	13
79 029	79 784	48 272	64 678	65 813	61 577	...	14
68 371	70 524	42 108	54 025	55 713	53 026	...	15
3 623	3 757	2 449	2 677	2 884	2 550	...	16
5 095	4 293	2 841	6 677	5 977	4 954	...	17
43 179	43 711	38 049	44 053	43 590	43 432	37 381	18
7 716	7 729	6 351	8 043	7 701	7 073	6 421	19
35 463	35 982	31 698	36 010	35 889	36 359	30 960	20
120	123	120	86	101	98	123	21
9 745	9 805	8 124	10 162	9 711	9 177	8 245	22
2 258	2 274	2 017	2 409	2 346	2 238	2 086	23
6 192	6 339	5 587	24
7 184	6 937	6 404	25
276	270	246	241	278	229	256	26
5 416	5 692	5 101	5 820	5 848	5 479	5 661	27
591 495	.	.	.	602 215	.	.	28
578 074	.	.	.	588 655	.	.	29
120 071	.	.	.	119 695	.	.	30
118 064	.	.	.	118 061	.	.	31
2 007	.	.	.	1 634	.	.	32
49 209	.	.	.	48 637	.	.	33
42 335	.	.	.	43 116	.	.	34
6 874	.	.	.	5 521	.	.	35
409 744	.	.	.	421 553	.	.	36
337 157	.	.	.	341 308	.	.	37
72 587	.	.	.	80 245	.	.	38
12 471	.	.	.	12 330	.	.	39
10 150	.	.	.	9 979	.	.	40
2 321	.	.	.	2 351	.	.	41

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NRW gelegenen Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. Ab 1992 vierteljährlich die für den betreffenden Monat gültigen Bestandszahlen, außer bei Gutschriften und

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	490 695	488 550
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	322 937	315 194
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	272 918	290 831
4	* von öffentlichen Haushalten	"	50 019	24 363
5	* Spareinlagen	"	167 758	173 356
6	* bei Sparkassen	"	96 818	99 910
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften) ²⁾	"	10 686	11 879
8	* Belastungen auf Sparkonten ²⁾	"	10 687	11 406
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	301	337
10	* Vergleichsverfahren	"	1	1
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post) ²⁾	"	1 352	1 450
12	* Wechselsumme ²⁾	Mill. DM	17	21
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	498 765	373 981
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	472 274	348 787
15	von Lastenzuschuß	"	26 491	25 195
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	152	131
17	Mietzuschuß je Fall	"	151	129
18	Lastenzuschuß je Fall	"	160	152
Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	10 490	10 638
20	darunter Pflichtmitglieder	"	6 107	6 172
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	3 113	3 163
Steuern				
Steueraufkommen				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	12 662,4	13 624,7
23	* Steuern vom Einkommen	"	6 671,4	7 247,0
24	* Lohnsteuer ³⁾	"	4 591,5	5 119,7
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	1 074,5	1 107,5
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	266,3	226,6
27	* Körperschaftsteuer ³⁾	"	739,0	793,3
28	* Steuern vom Umsatz	"	5 991,0	6 377,7
29	* Umsatzsteuer	"	2 384,3	2 784,5
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	3 606,7	3 593,2
31	* Bundessteuern	"	2 515,1	2 680,6
32	* darunter Zölle	"	404,7	369,1
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 698,4	1 812,8
34	darunter Mineralölsteuer	"	868,9	966,8
35	* Landessteuern	"	600,4	661,8
36	* darunter Vermögensteuer	"	152,3	146,1
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	209,8	245,1
38	* Biersteuer	"	38,8	36,4
39	* Gemeindesteuern ⁴⁾	"	3 767,9	4 158,3
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	3 060,5	3 408,9
41	* Grundsteuer A	"	14,5	14,7
42	* Grundsteuer B	"	615,0	656,4
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ⁴⁾				
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	27 979,9	30 174,5
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	8 732,2	9 469,4
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	11 682,4	12 436,5
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	200,0	226,9
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	14 094,1	15 281,5
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	8 732,2	9 469,4
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	3 345,5	3 556,4
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	200,0	226,9
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	5 917,6	6 506,7
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 549,7	2 802,2
53	* Anteil an der Gewerbesteuer	"	2 660,4	2 955,1

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) ab 1992 vierteljährlich zusammengefaßte Werte

1992			1993				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
492 617	.	.	.	493 896	.	.	1
326 044	.	.	.	316 752	.	.	2
277 658	.	.	.	293 239	.	.	3
48 386	.	.	.	23 513	.	.	4
166 573	.	.	.	177 144	.	.	5
95 393	.	.	.	102 269	.	.	6
28 190	.	.	.	30 009	.	.	7
28 118	.	.	.	28 601	.	.	8
321	331	395	344	437	383	435	9
2	2	—	—	—	—	—	10
2 375	.	.	.	4 059	.	.	11
32	.	.	.	67	.	.	12
385 960	372 718	369 934	350 364	354 988	341 225	338 073	13
359 285	346 916	344 774	327 968	332 609	319 667	317 363	14
26 675	25 802	25 160	22 396	22 379	21 558	20 710	15
134	130	129	129	129	128	127	16
130	129	128	127	127	126	125	17
152	151	149	159	159	159	157	18
10 566	10 561	10 590	10 607	10 607	10 596	10 614	19
6 105	6 104	6 130	6 095	6 095	6 086	6 102	20
3 146	3 149	3 151	3 184	3 185	3 187	3 189	21
16 570,6	12 280,1	12 103,8	9 226,4	15 205,0	10 125,8	9 572,1	22
10 020,6	5 806,2	5 803,6	4 262,0	10 150,8	5 671,3	4 702,0	23
4 662,8	5 647,9	5 264,3	4 494,7	5 137,1	5 613,0	4 915,2	24
2 809,6	—454,8	—117,5	—496,6	2 765,3	—354,4	—377,0	25
117,9	471,6	842,4	238,9	384,3	349,7	609,5	26
2 430,3	141,5	—185,5	25,1	1 864,2	63,0	—445,7	27
6 550,0	6 473,9	6 300,2	4 964,5	5 054,1	4 454,5	4 870,1	28
2 796,5	2 632,4	2 765,5	4 409,0	4 466,1	3 944,3	4 360,4	29
3 753,5	3 841,5	3 534,7	555,4	588,0	510,2	509,6	30
3 042,6	2 717,3	2 425,4	1 800,5	1 648,2	1 578,6	2 554,3	31
326,5	385,3	352,0	128,5	115,2	110,8	137,3	32
1 848,3	1 748,6	1 737,4	1 476,2	1 393,4	1 305,4	2 124,9	33
994,6	907,8	918,4	1 068,1	990,0	902,4	961,1	34
474,9	561,7	895,6	895,6	599,8	618,7	887,3	35
9,0	17,0	386,7	389,7	39,4	27,6	374,1	36
240,6	270,8	241,2	247,7	282,7	279,4	234,1	37
38,4	46,8	44,0	45,5	57,3	55,4	38,4	38
4 149,7	.	.	.	3 586,0	.	.	39
3 354,4	.	.	.	2 784,7	.	.	40
14,4	.	.	.	14,3	.	.	41
699,9	.	.	.	703,5	.	.	42
29 485,5	.	.	.	22 527,0	.	.	43
8 527,4	.	.	.	8 117,8	.	.	44
12 329,2	.	.	.	9 265,8	.	.	45
216,3	.	.	.	108,5	.	.	46
14 237,7	.	.	.	13 990,8	.	.	47
8 527,4	.	.	.	8 117,8	.	.	48
3 479,1	.	.	.	3 753,4	.	.	49
216,3	.	.	.	108,5	.	.	50
6 145,6	.	.	.	5 859,7	.	.	51
2 428,6	.	.	.	2 490,7	.	.	52
2 921,8	.	.	.	2 567,7	.	.	53

– 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung – 4) statt Monatsdurchschnitt 1991 bzw. 1992: Vierteljahresdurchschnitt

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992	
			Monatsdurchschnitt		
	Preise				
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte				
1	* Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	109,6	113,9	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	107,4	111,1	
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	107,0	111,2	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	109,0	112,6	
5	Bekleidung, Schuhe	"	110,9	114,7	
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen				
6	Gesamtlebenshaltung	1985 = 100	109,5	113,9	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	107,2	111,0	
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	108,2	112,9	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	108,6	112,0	
10	Bekleidung, Schuhe	"	111,0	114,7	
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude				
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	121,5	128,7	
12	davon Rohbauarbeiten	"	120,7	127,7	
13	Ausbauarbeiten	"	122,5	130,0	
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	} Bauleistungen am Bauwerk	121,1	127,9	
15	für Bürogebäude		"	122,0	128,5
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	121,7	127,7
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	117,4	122,8	
	Löhne und Gehälter				
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾				
	Bruttowochenverdienste				
18	* männliche Arbeiter	DM	899	944	
19	* darunter Facharbeiter	"	952	1 001	
20	* weibliche Arbeiter	"	620	654	
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	610	641	
	Bruttostundenverdienste				
22	* männliche Arbeiter	DM	22,45	23,67	
23	* darunter Facharbeiter	"	23,74	25,04	
24	* weibliche Arbeiter	"	16,22	17,27	
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	15,98	16,96	
	bezahlte Wochenarbeitszeit				
26	männliche Arbeiter	h	40,1	39,9	
27	weibliche Arbeiter	"	38,3	37,9	
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾				
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau				
	kaufmännische Angestellte				
28	* männlich	DM	5 619	5 850	
29	* weiblich	"	3 881	4 053	
	technische Angestellte				
30	* männlich	DM	5 831	6 143	
31	* weiblich	"	3 978	4 189	
	in Handel, Kredit und Versicherungen				
	kaufmännische Angestellte				
32	* männlich	DM	4 642	4 899	
33	* weiblich	"	3 186	3 437	
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+1,3	+0,2	

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1991 bzw. 1992: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1992			1993				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
114,0	114,0	114,1	118,2	118,5	118,7	118,7	1
111,8	111,7	111,0	113,8	113,6	113,5	113,0	2
111,1	111,4	111,6	115,7	115,9	116,4	116,7	3
112,7	112,8	112,9	116,0	116,2	116,4	116,5	4
114,6	114,8	115,0	118,7	118,8	118,9	119,1	5
114,1	114,1	114,1	117,8	118,0	118,3	118,3	6
111,7	111,6	111,0	113,5	113,3	113,2	112,9	7
112,8	113,1	113,3	118,0	118,1	118,7	119,0	8
112,0	112,2	112,3	115,3	115,4	115,5	115,7	9
114,6	114,8	114,9	118,6	118,6	118,7	118,8	10
.	.	130,0	135,2	.	.	136,0	11
.	.	129,2	134,2	.	.	134,8	12
.	.	131,2	136,9	.	.	137,8	13
.	.	129,2	134,2	.	.	134,8	14
.	.	129,7	134,5	.	.	135,2	15
.	.	129,1	133,1	.	.	133,9	16
.	.	124,0	126,2	.	.	126,1	17
.	958	.	.	.	965	.	18
.	1 015	.	.	.	1 017	.	19
.	662	.	.	.	682	.	20
.	649	.	.	.	667	.	21
.	23,97	.	.	.	24,85	.	22
.	25,37	.	.	.	26,24	.	23
.	17,52	.	.	.	18,31	.	24
.	17,21	.	.	.	17,99	.	25
.	40,0	.	.	.	38,8	.	26
.	37,8	.	.	.	37,3	.	27
.	5 914	.	.	.	6 070	.	28
.	4 101	.	.	.	4 247	.	29
.	6 217	.	.	.	6 332	.	30
.	4 231	.	.	.	4 411	.	31
.	4 940	.	.	.	5 164	.	32
.	3 463	.	.	.	3 624	.	33
+0,4	+0,3	+0,1	-1,3	-1,3	-1,4	-1,5	34

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung				
1	Bevölkerung ¹⁾	1 000	80 275	...
2	Eheschließungen ²⁾	je 1 000 Einwohner	5,7	5,7
3	Lebendgeborene ²⁾	"	10,4	10,1
4	Gestorbene ²⁾	"	11,4	11,1
Erwerbstätigkeit ³⁾				
5	Erwerbstätige	1 000	28 993p	29 141p
6	Arbeitslose ¹⁾	"	1 689	1 808
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	494	447
8	Milcherzeugung	"	2 201	2 134
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	9 274	8 275
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	781	718
11	Umsatz	Mill. DM
12	darunter Auslandsumsatz	"	44 731	44 689
13	Index der Nettoproduktion ³⁾	1985 = 100	122,1	119,8
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe, alle Betriebe				
14	Beschäftigte	1 000	1 391	1 412
15	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	144	152
16	darunter für Wohnungsbau	"	48	51
Handel				
Einzelhandel ³⁾				
17	Umsatz insgesamt	1986 = 100	136,5	138,3
Innerdeutscher Warenverkehr ³⁾				
18	Bezüge	Mill. DM	749	852
19	Lieferungen	"	3 894	5 282
Außenhandel				
20	Einfuhr	Mill. DM	53 660	53 129
21	Ausfuhr	"	55 484	55 934
Geld und Kredit ¹⁾				
22	Bargeldumlauf	Mrd. DM	171,8	200,5
23	Spareinlagen	"	754,1	770,7
Kredite an				
24	Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 517,8	2 739,0
25	öffentliche Haushalte	"	629,2	739,3
Steuern				
26	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	48 096	53 201
27	Steuern vom Einkommen	"	24 900	27 609
28	Lohnsteuer	"	17 848	20 610
29	veranlagte Einkommensteuer	"	3 461	3 461
30	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	948	939
31	Körperschaftsteuer	"	2 643	2 599
32	Bundessteuern (ohne EG-Anteile Zölle)	"	7 802	8 758
33	darunter Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	6 352	6 972
34	Landessteuern	"	2 426	2 747
35	Zölle (100 %)	"	692	645
Preise ³⁾				
36	Preisindex der Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1985 = 100	93,6	92,4
37	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1985 = 100	124,3	131,3
38	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	103,4	104,8
39	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1985 = 100	94,1	91,9
Preisindex für die Lebenshaltung				
40	aller privaten Haushalte	1985 = 100	110,7	115,1
41	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	110,5	114,9

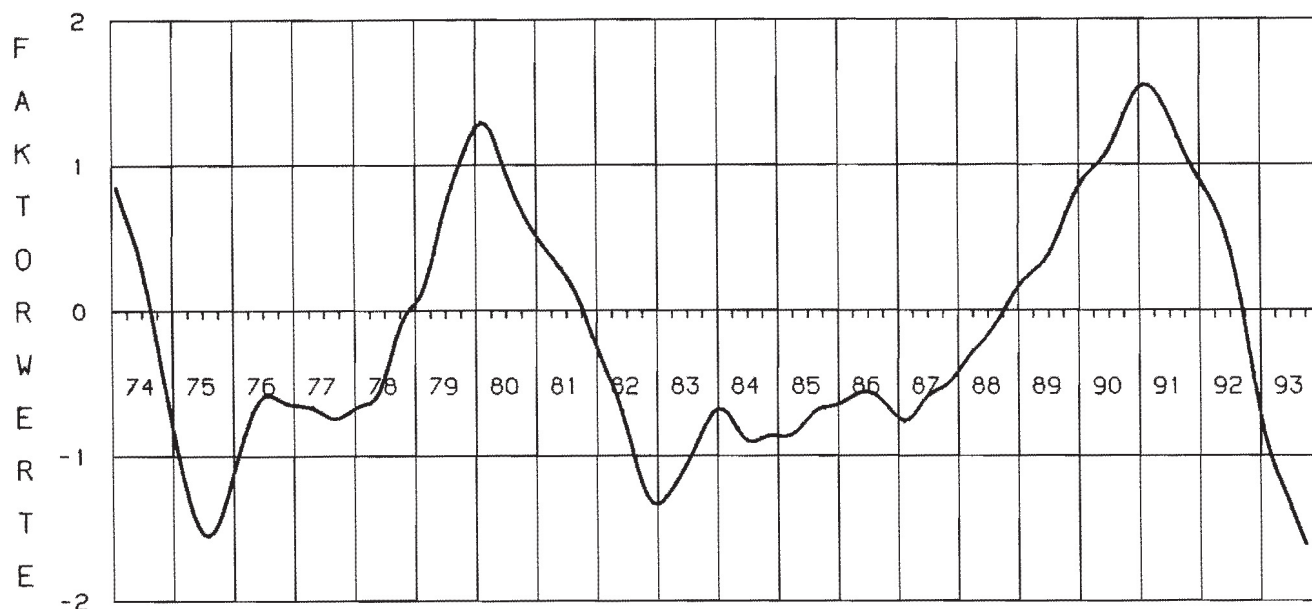
1) Jahres- bzw. Monatsende – 2) Bevölkerung geschätzt – 3) Die Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand von vor dem 3. Oktober 1990. – – – Quelle: Statistisches

1992			1993				Lfd. Nr.
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
...	1
7,8	7,5	7,5	8,3	7,3	7,2	7,3	2
10,6	10,7	10,4	9,0	10,5	10,3	10,5	3
10,9	10,5	10,4	9,9	10,7	9,9	10,0	4
29 160p	29 057p	29 078p	28 632p	28 599p	28 442p	28 490p	5
1 715	1 828	1 822	2 148	2 166	2 326	2 315p	6
456	433	437	419	453	405	430	7
2 289	2 239	2 147	2 472	2 297	8
8 305	8 269	8 249	7 594	7 566	7 515	...	9
718	702	653	613	643	597	...	10
175 501	168 417	150 275	150 804	167 095	152 350	...	11
46 435	43 391	37 111	39 685	44 215	38 766	...	12
122,3	116,0	108,2	108,4	112,5	105,6	102,3	13
1 370	1 434	1 442	1 397	1 404	1 407	...	14
160	168	150	153	171	159	...	15
53	56	50	56	63	57	...	16
130,9	138,6	120,8	128,1	129,8	135,2	123,0p	17
820	734	798	703	18
5 143	5 199	5 036	4 829	19
49 525	58 560	43 020	40 919p	44 050p	20
51 536	59 841	48 734	46 067p	50 350p	21
172,6	177,5	177,4	195,3	195,1	199,2	197,6p	22
743,0	740,8	731,1	783,4	785,7	787,4	792,4p	23
2 644,6	2 653,7	2 671,1	2 800,0	2 824,8	2 839,0	2 847,0p	24
652,0	660,9	662,3	770,8	775,9	797,1	803,2p	25
63 263	48 436	48 455	47 099	64 463	47 518	49 763	26
38 133	22 551	22 690	18 718	39 535	21 464	20 573	27
19 006	21 993	22 118	19 275	20 734	22 488	20 984	28
9 889	-1 233	-762	-1 507	9 549	-1 710	-1 115	29
1 220	1 327	2 213	1 079	1 776	1 391	1 556	30
8 018	464	-878	-128	7 476	-705	-852	31
10 396	8 816	8 118	7 869	7 580	7 247	8 350	32
6 969	6 736	6 954	7 268	7 048	6 733	7 191	33
2 264	2 381	3 382	3 634	2 649	2 561	3 601	34
600	657	619	579	566	602	635	35
93,0	92,6	92,3	90,1	89,8	90,0	89,6	36
.	.	132,7	137,4	.	.	138,0	37
105,2	105,1	105,1	104,8	104,8	104,9	104,8	38
96,3	93,7	92,1	86,1	86,6	85,0p	82,9p	39
115,2	115,2	115,4	119,8	120,0	120,2	120,2	40
115,2	115,1	115,2	119,2	119,4	119,6	119,6	41

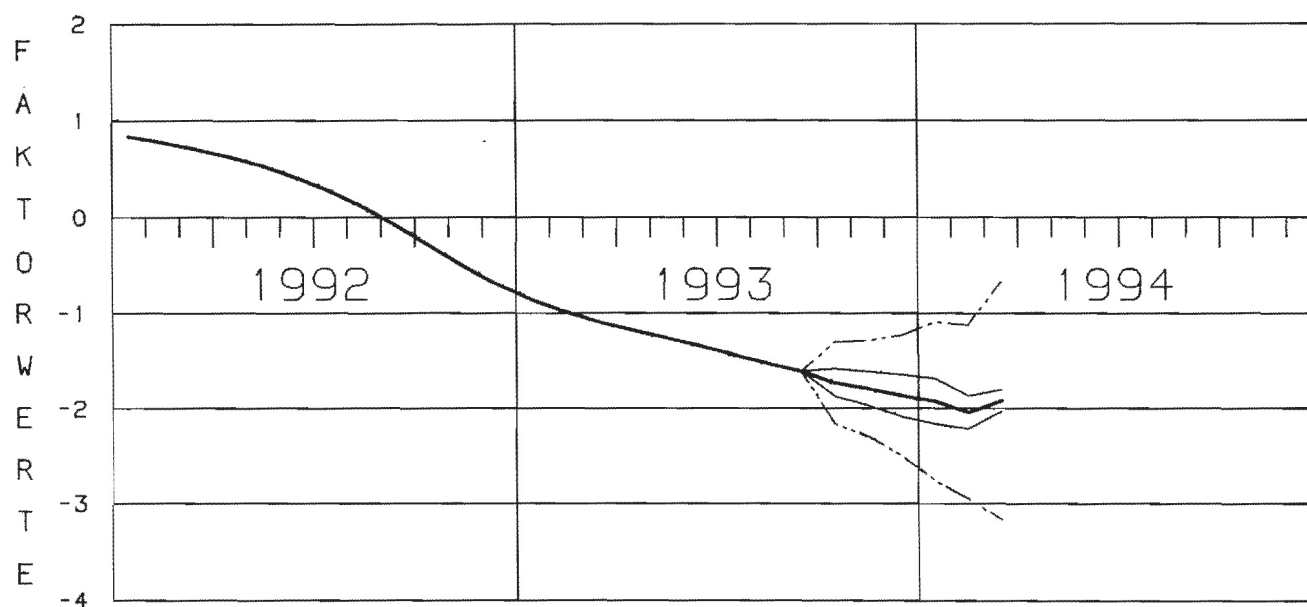
Bundesamt

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG ¹⁾

BIS SEPTEMBER 1993 REALISIERTE WERTE ²⁾



AB OKTOBER 1993 BIS MÄRZ 1994 PROGNOSTIZIERTE WERTE ³⁾



— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

- - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

1) LETZTE UMSTELLUNG DES INDIKATORMODELLS AUF NEUE REIHEN IM HEFT 1/93.

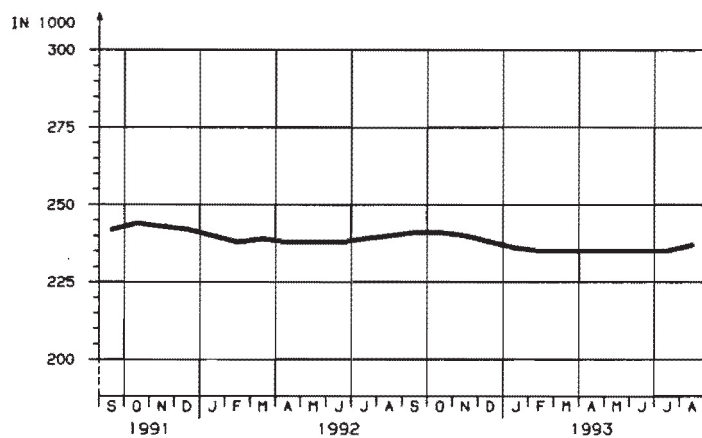
2) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

3) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

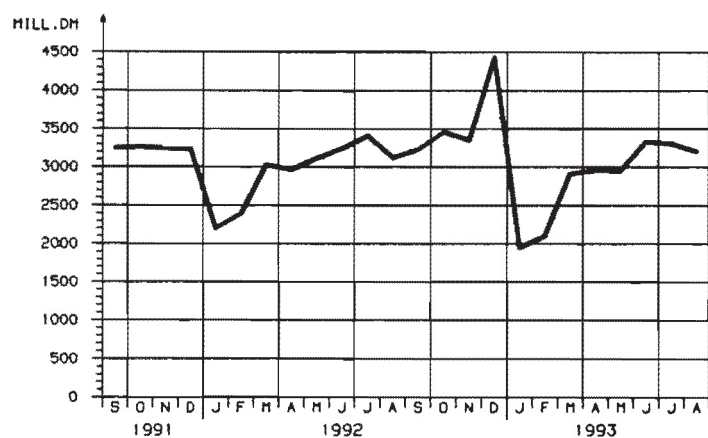
BAUHAUPTGEWERBE SEPTEMBER 1991 BIS AUGUST 1993

(NACH DER TOTALERHEBUNG HOCHGERECHNET)

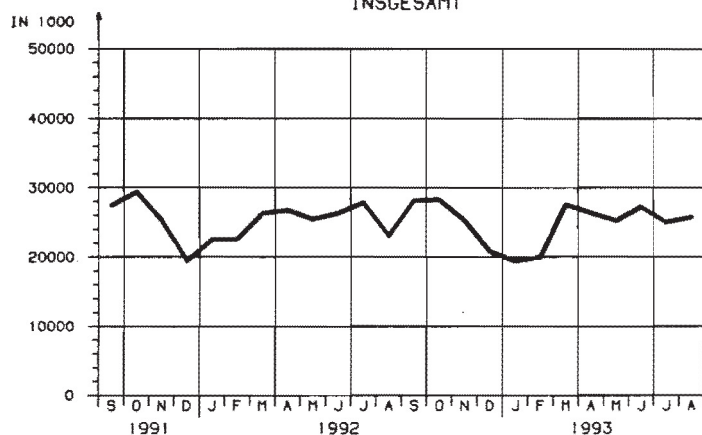
BESCHÄFTIGTE



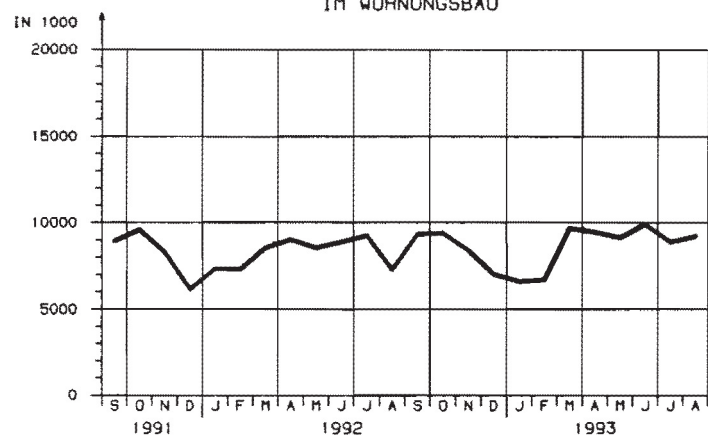
BAUGEWERBLICHER UMSATZ



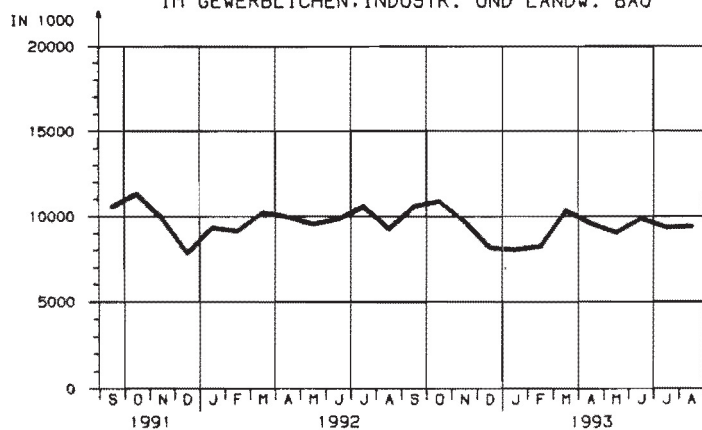
GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN INSGESAM



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN IM WOHNUNGSBAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN IM GEWERBLICHEN, INDUSTRI. UND LANDW. BAU



GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN IM ÖFFENTLICHEN UND VERKEHRSBAU

